



Wochenblatt für den gesamten Osten

Mitbegründer: Dr. Franz Lüdke. Verlag Bund Deutscher Osten E. V., Berlin W 30.

Erscheint wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 150 M., Einzelnummer 20 Pf. und 5 Pf. Postgebühr.
Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der abgepaltenen Zeile 45 Pf.

Nr. 50.

Berlin, 14. Dezember 1934.

15. Jahrg.

Inhalt: S. 98: Die Entzerrung und der deutsch-polnische Pakt. — S. 100: Die Offensivität im Jahre 1933. — S. 101: Menck im Kampf. — S. 103: Die Gemeinde-
wahlen in Polen. — Weiter ein französischer Finanzstab in Polen. — S. 104: Das Danziger Hofratskomitee verlagert. — Die polnische Eisenbahnverwaltung
in Danzig. — S. 105: Vilnius-Runde. — S. 107: Ukrainische Ström. — S. 108: Der Senats-Rat der Baltischen Kontingentsoffiziere. — Übersicht um den polnischen
Regierungstabell. — S. 109: Die südlichen Ostpreußen. — S. 100: Bilder.

Die Saarfrage und der deutsch-polnische Pakt.

Die Entspannung, die Anfang Dezember in der Saarfrage erzielt wurde, hat in Polen erhebliches Aufsehen erregt und einigen Blättern Anlaß zu Betrachtungen über die Rolle gegeben, die Polen beim Saarkommen des Saarabkommens mitgespielt hat. Daß der Kurs der polnischen Außenpolitik für die Entzerrung dieser Frage nicht gleichgültig war und auch in Zukunft nicht gleichgültig ist, liegt auf der Hand. Von jeher hat das deutsch-polnische Verhältnis in Wechselwirkung zum deutsch-französischen Verhältnis gestanden. Die Versäiler Friedensmacher hatten ihr System auf dem Grundsatze der Gleichstellung des französischen und polnischen Verhältnisses zu Deutschland begründet, d. h. Polen hatte sich im Rahmen dieses Systems Deutschland gegenüber so zu verhalten, wie Frankreich es wünschte. Und Frankreich stellte seinem östlichen Verbündeten in Aussicht, sein eigenes Verhältnis zu Deutschland, wenn es not tat, nach Möglichkeit nach den polnischen Interessen zu orientieren. Dieses System hat eine Reihe von Jahren beim Saarkommen funktioniert. Aber schon zu Beginn des Jahres 1934 hat Polen an, mißtrauisch zu werden. Daß die deutsche Propaganda in wissenschaftlichen, publizistischen und selbst politischen Kreisen Frankreichs ernsthaft diskutiert und aufgenommen wurde, wurde von Polen als eine grobe Rücksichtslosigkeit des französischen Bundesgenossen empfunden. In der französischen Politik glaubten sie mit wachsendem Unbehagen Entdeckungen feststellen zu können, die darauf abzielten, Polen einer deutsch-französischen Verständigung etwa in der Weise zum Opfer zu bringen, daß Deutschland für Zugeständnisse z. B. im Saargebiet die französische Unterstützung in der Ostgrenzfrage in Aussicht gestellt werden sollte. Ob dieser polnische Vorbehalt gegen Frankreich begründet war oder nicht, spielt hier keine Rolle. Tatsache ist jedoch, daß das Mißtrauen in die französische Zurechnung viel dazu beigetragen hat, in Polen die Überzeugung von der Notwendigkeit eines eigenen, nicht von Paris diktierten außenpolitischen Vorgehens zu stärken. Bald kamen dann auch noch einige weitere Momente hinzu, die sich in derselben Richtung auswirken mußten. In der Donaupolitik Carduis, in der Außenpolitik Herreros und später Barthous, in der Einstellung Frankreichs zum Viermächtepakt Mussolinis war immer stärker die Keilung der französischen Diplomatie zu erkennen, die Interessen und Interessen des polnischen Freundes unberücksichtigt zu lassen und schließlich eine „konstruktive“ Politik in Europa unter möglichster Ausschaltung Polens zu treiben. In Warschau mußte man diese Richtung und Zurücksetzung um so stärker empfinden, als gerade in dieser Zeit die Männer des Disziplinär-Kreises in den Vordergrund rückten, die dazu neigten, das auf militärischem Gebiete gewonnene Vertrauen in die eigene Kraft auch auf das außenpolitische Gebiet zu übertragen. Oberst Beck hat aus der Lage, die er vorfand, die Konsequenzen gezogen: Wenn Frankreich für Polen im Hinblick auf Deutschland kein unbedingt zuverlässiger Bundesgenosse mehr ist, dann muß Polen eben darauf bedacht sein, sich nach besten Kräften aus der Abhängigkeit von Frankreich zu lösen und, wenn irgend möglich, mit Deutschland zu einem direkten Einvernehmen zu kommen. Die Chance, die sich Oberst Beck hierbei bot, war die Machtgreifung durch den Nationalsozialismus im Reich. Mit dem Pakt vom 26. Januar d. J. wurde auch von polnischer Seite die unbedingte Gleichstellung der polnischen und französischen Politik Deutschland gegenüber gelöst, nachdem sie nach polnischer Auffassung von Frankreich vorher schon verschiedene Male — wenigstens versuchsweise — gelöst worden war.

Zweifellos ist der Abschluß des Paktes nicht ohne Folgen für das deutsch-französische Verhältnis und damit auch für die Saarfrage geblieben. Denn mit dem Pakt wurde das gefürchtete Spannungsverhältnis zwischen Deutschland und Polen beseitigt. Die bei Frankreich so beliebte Methode, den deutschen Partnern bei seinen Auseinandersetzungen im Westen dadurch zu schmeicheln, daß man ihm einen anderen Gegner in den Rücken zu heben versuchte, hat sich im Laufe dieses Jahres wohl noch mit den Czechern und besonders den Litauern, nicht mehr aber mit den Polen durchzuführen lassen. Gerecht sind auch andere Dinge für das Zustandekommen der römischen Saarpunkte mitzubedenken gewesen. Aber sicherlich hat auch die Erkenntnis, daß Polen nicht mehr, wie es früher der Fall war, auf jeden Pfiff von Paris reagiert, in der Saarfrage einmüßiger erhellend auf die französische Politik gewirkt.

Es ist nun bezeichnend, wie sich die französische Politik der Nationaldemokraten zu dieser Frage verhält. Sinaich neigt sie dazu — wohl um die Gültigkeit ihrer „Vemeisführung“ zu unterstreichen —, die Bedeutung der in der Saargebietangelegenheit erzielten Einigung zu überschätzen und alles, was in dieser Angelegenheit jetzt noch geschehen wird, als eine bloße Formalität zu betrachten, die ganz bestimmt völlig reibungslos ablaufen wird. „Paris reit Berlin die Hand...“ überschreibt z. B. der „Wieryer Warszawski“, ein selbstgeleitetes Warschauer Boulevard-Blatt, seinen Artikel. „Die Politik des Ministers Barthou ist mit ihm zu Grade gegangen. Die Liquidierung Demergues hat den Frontwechsel erleichtert. Die französische Politik hat eingeschlossen die Wachen einer Verständigung mit Deutschland betreten.“ Das Wichtigste, schreibt das Blatt weiter, sei nicht der Jubel der Abmachung selbst, sondern die Tatsache, daß eine solche Abmachung schon jetzt, vor der Abtunung, zustande gekommen sei, und daß sie die Saarfrage schon jetzt endgültig zugunsten Deutschlands entscheide. „Die Abmachung beweist, daß man jeden Glauben an die Möglichkeit eines für Deutschland ungünstigen Ergebnisses der Abstimmung verloren und es sehr eilig hat, zu einem Einvernehmen mit Deutschland zu kommen.“ Das aber, nämlich die Möglichkeit einer Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich, ist nach der Meinung der Leute mit nationaldemokratischer Denkart, die sich durch keine Enttäuschung und keine Verunsicherung von ihrem hemmungslosen Vertrauen und ihrer anonymeren Liebe zu Frankreich haben abbringen lassen, so ziemlich das Schlimmste, was Polen überhaupt zulassen könnte. Und so machen sie ihrer Regierung geradezu einen Vorwurf daraus, durch die Annäherung Polens an Deutschland zur deutsch-französischen Verständigung beigetragen zu haben. Denn, so sagen sie, sobald sich Berlin und Paris miteinander verständigt haben, wird Deutschland mit der vollen Wucht seines „Eroberungsantriebs“ — über Polen herfallen.

Ein wenig nüchternere Überlegung müßte sie freilich eines anderen belehren. Die Männer in Polen haben sicherlich mehr Verständnis für die praktischen Dinge, die gerade in der gegenwärtigen Lage die Errichtung des deutsch-polnischen Paktes begünstigt. Denn Deutschland hat durch den Führer und seinen Stellvertreter im Laufe dieses Jahres immer wieder erklärt, daß es nach der Rückkehr des Saargebietes zum Reich zwischen Deutschland und Frankreich keinen Streitpunkt mehr gebe, der geeignet wäre, eine deutsch-französische Annäherung zu verhindern. Die weiterblickenden Politiker in Polen mußten also, sofern sie nicht an den Krieg glauben wollten, von (Fortsetzung Seite 356 unten.)

Die Ostsiedlung im Jahre 1933.

Das Jahr 1933 war in siedlungsgeographischer Hinsicht ein Übergangsjahr. Die Übernahme der Macht durch den Nationalsozialismus, der mit wesentlich anderen weltanschaulichen Voraussetzungen an die Siedlungsstätigkeit herantritt, als es die früheren Regierungen zu tun pflegten, hatte infolge der notwendigen organisatorischen Bindungen und infolge der erforderlichen agrarpolitischen Sicherungsmaßnahmen zunächst ein gewisses Abflauen der Siedlungsstätigkeit zur Folge. Entscheidend mitgenommen hat dabei auch die Krise, die aus dem unruhigen Jahre 1932 nur wenig hinaus zur Siedlung heran kam. Das zur Siedlung benötigte Land wird entweder von den gemeinnützigen Siedlungsunternehmen durch freihändigen Kauf, durch Ausübung des Vorkaufsrechtes und durch Abgabe von Domänenland seitens des Staates sowie aus Offizienschuldbetrieben erworben. Daneben werden auch Pändereien von den bisherigen Eigentümern für Siedlungszwecke zur Verfügung gestellt mit dem Auftrag, sie für Rechnung der Eigentümer zu beliefern, ohne daß die Siedlungsunternehmen selbst die Pändereien käuflich erwerben.

Im Jahre 1933 wurden im Deutschen Reich 107058 Hektar Land von den gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften erworben. Davon waren für ostpreussische durchzuführende Siedlung bereitgestellt: Regen-Mecklenburg mit 26222 Hektar (an dieser Summe Pommern mit 15727, Ostpreußen mit 14975 und Niederschlesien mit 10842 Hektar am stärksten von allen preussischen Provinzen und außerpreussischen Ländern beteiligt. In Brandenburg (einschließlich Berlin) wurden 5647, in der Grenzmark Posen-Westpreußen 2715 und in Oberschlesien 7430 Hektar für die Siedlung erworben. Das sind in den Ostprovinzen zusammen 57498 Hektar.

Das von den gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften erworbene und bereitgestellte Land kamte zum weit überwiegenden Teil (82 v. H.) aus privaten Gütern (von über 100 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche) und zu 6 v. H. aus Staats- oder Gemein- und Reichseigentum. Die restlichen 12 v. H. wurden aus kleineren Besitzungen (von unter 100 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche) erworben. An den preussischen Ostprovinzen und in Mecklenburg wird der Staat und die großen Privatgüter nahezu die einzigen Vorkäufer für Siedlungszwecke gewesen. Im südlichen und nordwestlichen Deutschland traten die kleineren Privatgüter (unter 100 Hektar) härker als Vorkäufer hervor. Jalt das gesamte, für die Siedlung erworbene und bereitgestellte Land nach schon vorher bemerktes Fläche. 4753 Hektar (= 4,4 v. H. der Gesamtfläche) kamte aus Moor- und Ödland (= vor allem Hannover), die zur Siedlung erst urbar gemacht werden mußten.

5 v. H. der Kaufverträge sind bisher aus einigangs erworbene Gründen im Jahre 1933 hinter den Zahlen des Vorjahres zurück. 1933 wurden im Reich 4914 Kaufverträge auf einer Gesamtfläche von 60 000 Hektar geschlossen. Das sind 46 v. H. weniger als im Jahre 1932. Dabei ist zu beachten, daß die Schaffung von Kaufverträgen in der zweiten Hälfte des Jahres 1933 bereits wieder eine erhebliche Zunahme erfährt. Der Anteil der Ostprovinzen geht aus nachstehender Übersicht hervor:

	1933		1919-1933	
	Zahl der Stellen	Fläche ha	Zahl der Stellen	Fläche ha
Ostpreußen	721	9 181	12 317	144 170
Brandenburg	613	7 467	8 231	69 888
Pommern	558	7 872	8 734	130 858
Grenzmark Posen-Westpreußen	141	2 199	1 533	25 797
Niederschlesien	483	5 081	5 945	57 477
Oberschlesien	460	4 050	3 323	24 723
Freuß. Osten	2156	36 900	40 083	451 183
Deutsches Reich	4914	60 297	62 371	662 407

Fach drei Fünftel der Kaufverträge sind mit reichlich drei Fünfteln der Fläche anfallen nach aus den Ostern. Der Anteil des Ostens an der Gesamtfläche des Reiches ist im vergangenen Jahre zurückgegangen, wogegen andere

(Schluß von Seite 589.)

vorberein die Verständigung zwischen Berlin und Paris als einen zukünftigen Faktor in ihre politische Rechnung aufnehmen. Wenn sie das aber taten, weil sie eine befriedete Auseinandersetzung nicht wünschten, dann mußten sie auch im wohlverstandenen Interesse ihres Landes darauf bedacht sein, daß durch das Zustandekommen einer deutsch-französischen Verständigung eine Situation herbeigeführt wird, die sich für Polen möglichst vorteilhaft auswirken könnte. Sie können heute ein gutes Recht darauf beanspruchen, daß gerade der deutsch-polnische Pakt die Gefahren von Polen abwendet, die die Nationaldemokraten glauben an die Wand malen zu müssen. Man kann wohl sagen, daß diese Beurteilung des Zusammenhanges zwischen dem Pakt und der Saerfrage ihre Richtigkeit hat. Und man darf noch hinzufügen, daß es, wenn die Saer zum Reiche zurückgehört ist, auch möglich sein wird, im Osten einige bedeutsame Angelegenheiten in Ordnung zu bringen, die am besten von Deutschland und Polen gemeinsam gelöst werden können. Dr. Redel.

Landesteile, vor allem Hannover und Oldenburg, nicht nur eine relative, sondern auch eine absolute Steigerung ihrer Siedlungsstätigkeit aufweisen konnten. Der starke Rückgang, den der Anteil Pommern, Ostpreußen und Niederschlesien in der Schaffung von Kaufverträgen im vergangenen Jahre gegenüber dem Vorjahre aufweisen konnte, erklärt sich daraus, daß dort die aus den agrarpolitischen Sicherungsmaßnahmen resultierenden bedeutenden Momente vorübergehend besonders stark wirksam waren.

Unter Berücksichtigung der Größe der Gesamtfläche an Siedlungsstellen ergibt sich im Jahre 1933 folgendes Bild: Von je 100 Kaufverträgen sind

Gebiet	Wolllbauernstellen	Einpflückerstellen	Landarbeiterstellen	Gemische Stellen
Ostpreußen	71,3	24,8	0,8	3,6
Brandenburg	51,7	32,8	5,9	9,6
Pommern	50,3	41,8	3,4	4,5
Grenzmark Posen-Westpr.	53,9	35,5	2,8	7,8
Niederschlesien	41,3	50,2	1,5	6,7
Oberschlesien	21,7	73,3	0,4	4,6
Freuß. Osten	48,4	43,1	2,4	6,1
Deutsches Reich	50,0	38,2	3,8	8,0

Der Anteil der Wolllbauernstellen an der Gesamtzahl der Kaufverträge ist also in Ostpreußen am größten und in Oberschlesien am kleinsten. Umgekehrt ist der Anteil der Einpflücker- und Landarbeiterstellen in Oberschlesien am größten und in Ostpreußen am kleinsten. Eine Folge der in den beiden Provinzen völlig verschiedenen gelagerten sozialen Voraussetzungen der Siedlungsstätigkeit. Bei den „sonstigen Stellen“ handelt es sich um Gärtner-, Handwerker- und Industriearbeiterstellen. Obige relative Angaben sind durch die nachstehenden absoluten Zahlen der Kaufverträge nach Betriebsgrößen zu ergänzen. Von den 1933 geschaffenen Kaufverträgen hatten eine Fläche von:

Gebiet	unter 2 ha	2-5 ha	5-10 ha	10-20 ha	20 u. mehr ha	insgef.
Ostpreußen	5	14	200	472	30	721
Brandenburg	53	41	148	322	49	613
Pommern	18	14	137	321	68	558
Grenzmark Posen-Westpr.	7	2	16	78	38	141
Niederschlesien	12	32	195	207	17	463
Oberschlesien	5	56	263	133	3	460
Freuß. Osten	100	159	959	1533	265	2950
Deutsches Reich	260	343	1938	2622	354	4914

Die Siedlerauslese ist unter der nationalsozialistischen Regierung nicht nur hinsichtlich der beruflichen Eignung sorgfältiger geworden, als sie früher war, sondern sie wird auch unter Berücksichtigung an die Kaufverträge und bereitgestellten Arbeitsplätze betrieben. Bevorzugt werden naturgemäß diejenigen Siedlungsanwärter, die im Siedlungsgebiet selber heimisch sind und daher mit den örtlichen Wirtschafts- und Bodenverhältnissen vertraut sind. Vor allem werden auch die bisher auf den aufgelassenen Gütern beschäftigten Arbeitskräfte, soweit sie die gestellten Bedingungen genügen, bei der Besetzung der Kaufverträge berücksichtigt. Die Zahl der aus dem betreffenden Siedlungsgebiet selbst stammenden Siedler ist im Jahre 1933 gegenüber den Vorjahren erheblich gestiegen. Die West-Ostsiedlung, die besonders seit 1926 eine steigende Tendenz aufwies, ist im vergangenen Jahre zurückgegangen, über die Entdeckung der West-Ostsiedlung im Jahrgang 1924/1933 gibt nachstehende Übersicht Auskunft. In den Ostprovinzen (d. h. in Ostpreußen, Pommern, Brandenburg, Grenzmark Posen-Westpreußen und Schlesien) sind aus Süd- und Westdeutschland stammende Kaufverträge angelegt worden (in Klammern West-Ostsiedler in v. H. der Gesamtneueinsiedler) in den Ostprovinzen:

1924	20 (1,1 %)	1928	303 (10,9 %)	1931	1126 (14,8 %)
1925	8 (0,4 %)	1929	535 (12,9 %)	1932	1270 (16,1 %)
1926	42 (3,1 %)	1930	740 (12,6 %)	1933	478 (12,9 %)
1927	175 (8,0 %)				

In dem Jahrgang 1924/1933 sind demnach insgesamt 4692 Kaufverträge aus West- und Süddeutschland in den Ostprovinzen angelegt worden. 3 im laufenden Jahre sind in der mittleren Zukunft ist mit einem starken Wiederrückgang der West-Ostsiedlung zu rechnen. Vor allem die schwedischen Gebiete Ostwestfalands sind an einer vermehrten Anziehung ihrer überflüssigen jungbäuerlichen Kräfte, die im Lande selbst nur noch schwer oder überhaupt nicht mehr unterbringen sind, in den Ostgebieten des Reiches interessiert. An Personen, die vor der Anziehung ihrer sündigen Wohnplätze in den abgetrennten Ostgebieten hatten, sind in den preussischen Ostprovinzen im Jahre 1933 16 angezogen worden.

Wichtig ist auch die Frage, wieviel Menschen insgesamt durch die Siedlungsstätigkeit auf eigenen Grund und Boden angezogen worden

find. Hierbei, d. h. über die Zahl der Siedler und ihrer Familienangehörigen, gibt folgende Aufstellung Auskunft:

Gebiet	Zahl der Stellen	Zahl der Siedler und Familienangehörigen	Zahl der Siedler und Familienangehörigen von 1919-1933	
			bewon. Rinder unter 14 Jahren	Zahl der Siedler und Familienangehörigen von 1919-1933
Ostpreußen	721	3 235	1158	55 898
Brandenburg	618	2 350	707	34 152
Pommern	558	2 385	746	39 783
Grenz- u. Voj.-Distr.	141	531	150	7 427
Rieberstieflen	463	1 963	721	24 658
Oberstieflen	400	2 187	832	15 729
Preuß. Osten	2966	12 651	4314	177 607
Deutsches Reich	4914	20 719	7013	288 779

Neben der Errichtung von vollständig neuen Siedlerstellen führen die Siedlungsstellen auch die sogenannte Anliegerfiedlung durch, bei der bestehende Kleinbetriebe durch die Stellung von Land auf die Größe selbständiger Unternehmungen gebracht werden. Die Anliegerfiedlungen werden den Kleinrentnern entweder zu Eigentum übergeben oder als Pachtland (mit oder ohne Kaufanwartschaft) überlassen. Die Anliegerfiedlung hat sich im Jahre 1933 eben auf der Höhe der Vorjahre gehalten, sie ist also durch den Umbruch in der Siedlungspolitik, der mit der Machtübergang durch den Nationalsozialismus verbunden war, nicht aufgehalten worden.

Memel im Kampf.

Wer ist Brucelaitis?

Brucelaitis, der derzeitige Präsident des Memeldirektoriums, ist das uneheliche Kind der Tochter eines kleinen Landwirts aus Dinoweth im Kreise Memel. Er wurde am 24. Februar 1900 geboren. Seine Mutter heiratete später einen Zimmermann, der jetzt als Jaltmann bei dem Besitzer Jakob Proskitis in Werserjshken wohnt. Dort und in Crusellen hat Brucelaitis eine einklassige Volksschule besucht. Bis 1916 war er auf dem Hof des Vrologers seines Pflegewaters tätig. 1918 wurde er als Marinefotograf zum deutschen Militär eingezogen, bei der Front aber nicht mehr selbst. Nach dem Sturz kam er nach Memel, wurde dort Hausmeister bei dem Hakenkreuzführer Galimowits in der Alcazarstraße. 1920 besuchte Brucelaitis das litauische Vorkursseminar in Kaunas, bis zur Prüfung im Jahr 1921 nicht gekommen. Seine „große Zeit“ begann mit dem Vortragsdienst ins Memelgebiet im Januar 1923. Damals wurde er „Stadtkommandant“ von Heudokas. Als ein Mann, der das Bedürfnis hatte, sich verschiedene Minderwertigkeitskomplexe abzurufen, wurde er extremer litauischer Chauvinist, schließlich Führer des 20. Detachments der litauischen Schützen, Abteilung Memelgebiet.

Der Landtag einberufen.

Die Vitauer schienen sich recht sicher zu fühlen. Jedenfalls ließ die Einberufung des Landtages, die schon zum 13. Dezember erfolgte, ihren Schluß zu. Sicher fühlten sie sich aber ganz gewiß nicht deshalb, weil sie irgendwelchen Anlaß zu der Annahme hatten, daß die Memelüberkerung hinter dem neuen Direktorium steht, sondern deshalb, weil sie glaubten, die Landtagssitzung genügend „vorbereitet“ zu haben. Zunächst ist nämlich die Zahl der Abgeordneten durch Mandatsentziehungen von 29 auf 26 herabgesetzt worden; damit die Ergänzung nicht für die entzogenen Abgeordneten einspringen können, sind auch diesen die Mandate „vorsorglich“ entzogen worden. Um ganz bei der Souveränität von 30 Abgeordneten und Versuchsmännern die Fähigkeit zur Bekämpfung von Landtagsmandatdaten widerrechtlich entzogen. Dann schienen die Vitauer große Hoffnungen auf die Anziehungskraft der Memel als Paradies für Joten, — so werden in der Bevölkerung die beiden Mitglieder der Reichstagspartei, Buzgeraitis und Strigat, genannt, die sich als Vertreter in das Direktorium Brucelaitis haben hineinlocken lassen. Die Vitauer nahmen an, daß der Volksrat direkt neben Außenleiter verortet auf die anderen Abgeordneten wirken und vielleicht noch diesen oder jenen dazu veranlassen werde, seine Stimme dem neuen Direktorium zu geben. Brucelaitis, der seit Wochen im Memelgebiet herumreiste und alle ihm irgendwie geeignet erscheinenden Leute persönlich aufsuchte, hatte mit Verprechungen nicht gespart. Er hatte auch mit dem Anzustellstellen persönlicher Vorteile für die, die sich seiner Politik verschrieben, nicht gekart. Ganz illustriert wurde eine Führungnahme der einzelnen Deutschen Abgeordneten untereinander, als er in der Sitzung die Verhandlung verbindet. Die Staatsgerichtspolizei hatte das Memel Postamt beauftragt, sämtliche Telegramme und Briefe des Landtagsbüros anzuhalten und der Polizei zu übergeben. Das ist auch geschehen. Bereits am 4. Dezember waren die Briefe des Landtagsbüros, die Einladungen zu Fraktionsstunden enthielten, angehalten und der politischen Polizei jugestellt worden. Brucelaitis wollte also die Tätigkeit der deutschen Parteien labmlegen, um mit dem Landtag noch Vorleben umbringen zu können.

Zur „Vorbereitung“ der Landtagssitzung hat auch folgende Maßnahme gehört: Das Direktorium Brucelaitis hat die

wie das bei der Zeitstellenfiedlung vorübergehend der Fall gewesen ist. Die Statistik unterteilt die Caudyalagen zu Eigentum und solche zu Pacht. Über die Anliegerfiedlungen mit Caudyalagen zu Eigentum im Jahre 1933 und in der Zeit von 1919 bis 1933 siehe folgende Aufstellung:

Gebiet	1933		1919 - 1933	
	Zahl der Anlieger	6/8amtl. b. Caudyalagen in ha	Zahl der Anlieger	6/8amtl. b. Caudyalagen in ha
Ostpreußen	736	2 315	7 684	23 494
Brandenburg	383	965	3 729	7 179
Pommern	990	2 850	6 155	16 151
Grenz- u. Voj.-Distr.	158	441	739	2 352
Rieberstieflen	2389	4 150	28 619	41 494
Oberstieflen	1561	2 416	15 442	16 553
Preuß. Osten	6217	13 154	64 688	109 223
Deutsches Reich	8480	14 847	104 627	159 145

Damals ist die Anliegerfiedlung vor allem in Schiefen üblich. Mit 47 061 Caudyalagen und einer zugelegten Fläche von 58 147 Hektar in der Zeit von 1919 bis 1933 entfällt auf Schiefen mehr als die Hälfte aller in Preußen vorgekommenen Fälle von Caudyalagen zu Eigentum und etwa 45 v. H. der Fläche. Die zu Pacht vermittelten Caudyalagen sind bei weitem nicht so zahlreich. (Die statistischen Angaben stammen aus 3. Vierteljahrsheft j. Statistik des Deutschen Reiches 1934.)

Durchführung der Verordnung über die Einführung der litauischen Unterrichtssprache in den Volksschulen des Memelgebietes „bis zur endgültigen Regelung“ ausgesetzt, mit der Maßgabe, daß eine Überführung stattfinden wird.“ Bekanntlich wurde diese Verordnung noch von Reissig unterzeichnet. Brucelaitis möchte jetzt also den Eindruck erwecken, als ob er es gar nicht so schlimm wäre, wie er hingestellt wird. Er lebe ja ein, daß das nicht so einginge, wie Reissig sich gedacht habe. — Er will den Memelländern Land in die Augen treuen. Er will Hoffnungen machen, an deren Erfüllung er die litauische Schützenführer, doch am allermeisten denkt. Er will sich das Vertrauen des Landtags erschleichen, will unbedingt eine Mehrheit für sich im Landtag gewinnen, die seine Politik unbedenkenlich unterstützt. Er will die „Verordnung“ auslesen. Daran, sie aufzuheben, denkt er nicht mehr, weil sie noch einmal „überprüfen“. Vielleicht mit dem Ergebnis, daß auch nach der Einbürgerung der letzten sechs Schulen verfügt wird, denen man bisher noch die deutsche Unterrichtssprache zu belassen gerührt hat.

Das schlechte Gedächtnis.

Deutschland wird das, was heute im Memellande geschieht, ganz gewiß nicht vergessen. Jeder einzelne Retraktort wird in das Gedächtnis nicht nur der Memelländer, sondern in die Erinnerung jedes Deutschen, dem das Schicksal der Volksgenossen vor den Augen des Reiches am Herzen liegt, eingegraben sein. Und das wird kommen, da den derzeitigen Machthabern des Memelgebietes die Rechnung präsentiert werden wird. Sie sollen sie dann auf Heller und Pfennig begleiden. Nicht vom litauischen Volke als solchen wird man dann Rechenschaft fordern. Was kann schließlich der kleine Bauer dafür, daß polnische Hochstapler und selbsthätige Kreaturen mit dem Namen seines Volkes Schindluder treiben? Das deutsche Gedächtnis für geschehene Dinge wird jedenfalls besser sein, als das des derzeitigen Souveräners Rakovaks, der seit einem Jahre das Memelgebiet schikaniert, im Jahre 1928 aber noch eine Proskitis unter dem Titel „Die Erhebung Vitauer“ herausgab, in der er voller Anerkennung und Dankbarkeit von der Hilfe spricht, die Deutschland dem litauischen Volke bei der Errichtung seines Staates und bei dessen Sicherung gegen den Bolschewismus geleistet hat.

Für Rakovaks wird dieses Bekanntnis von 1928 heute wohl eine peinliche Erinnerung sein, da ein Vergleich des damals Gesagten mit dem heutigen Tun die innere Unwahrhaftigkeit der politischen Abenteuerernaturen Vitauens charakterisiert. In der erwähnten Vorführung bestrafte Rakovaks u. a. die Kämpfe um den Ort Johannisbäckel: die litauischen Reichsleiter, aber er, jetzt sich, als die von den Bolschewiken aus dem Ort hinausgedrängt wurden, sofort mit den deutschen Truppen in Verbindung, die sich als Helfer in der Not anbieten mochten. „Daraus ergibt sich“, heißt es in dem Bericht, „daß wir ohne die deutsche Hilfe auf keinen Fall hätten Widerstand leisten können.“ Es war für die Vitauer, schreibt Rakovaks weiter, eine Verurteilung, daß Major Hünniken sich seinen Vorten bei ihnen blieb; die Unwahrheit der Deutschen war für sie die Garantie, daß die Bolschewiken nicht mehr angreifen würden. Die Vitauer sandten den Deutschen folgendes Dankeschreiben für ihre Hilfe: „Im Namen des Reichskomitees in Johannisbäckel, gemäß den allen Vertretern des Kreises ohne Unterschied des Standes, dankte ich den deutschen Truppen für die Befreiung

des Landes von der Sklaverei der Volkshewiken und gratulieren den deutschen Truppen, daß sie in so schwerer Zeit den litauischen Wajborn zu Hilfe gekommen sind und die demokratische Ordnung im Land unterhalten. Darum glaube ich auch, daß Sie dem litauischen Volk auch in Zukunft die Hilfe nicht verlagern werden." Weiter werden die deutschen Truppen in dem Schreiben um weiteren Beistand bei der Heilung der von den Bolschewiken dem Land geschlagenen Wunden gebeten. Unterzeichnet ist das Schreiben vom Präsidenten der Ersten Verordnenernennung, Vizepräsidenten des Kreiskomitees von Johanniškell, Jonas Kavasas, dem derzeitigen Gouverneur des Memelgebietes.

Litauisierung der Vor- und Zunamen.

Am 4. Dezember veröffentlichte das Amtsblatt des Memelgebietes eine noch von dem inzwischen abgetretenen Reichsgesetz über die Litauisierung der Vor- und Zunamen der Bewohner des Memelgebietes. Man hat die Verordnung noch von dem ohnehin unmöglich gewordenen Reichsgesetz und seinen Regierungskommissionen Jonaitis und Simulus unterzeichnen lassen, um den „neuen Mann“, Brucelaitis, gleichsam mit „reiner Welt“ anzutreten und ihn als den unfauligen Jungen erscheinen zu lassen, der das Unlängst hat, dem Mittel des Vorgehens mit auf seine starken Schultern nehmen zu müssen. Die Verordnung belagert: In Urkunden und amtlichen Schriftstücken sind die Vor- und Zunamen von Personen in der amtlichen litauischen Schreibweise niederzuschreiben. In den Urkunden sind daneben die Vor- und Zunamen in Klammern so hinzuzufügen, wie sie in den alten amtlichen Urkunden geschrieben sind (also deutsch). Die Vor- und Zunahmen litauischen Ursprungs müssen ohne Vertretung der Grundbesitzer der litauischen Sprache in litauischer Schreibweise geschrieben werden und zwar so, wie sie in der litauischen Sprache ausgesprochen und nach der Phonetik der litauischen Sprache geschrieben werden. Die Vor- und Zunamen nichtlitauischen Ursprungs werden in nichtlitauischer Schreibweise ohne Änderung des Namens, jedoch unter Anhängung der litauischen Endung geschrieben. Rame und Endung werden durch einen Apostroph getrennt. Ist der Vornamen einer Person nicht litauischen Ursprungs und gibt es in der litauischen Sprache für ihn einen ihm entsprechenden Vornamen, so ist dieser niederzuschreiben (z. B. Wilhelm-Bilius, Irty-Sirias). Jezt sollen also auch noch die deutschen Namen in Memelgebiete verschwinden, damit die Bewohner auch ganz förmlich „echte Litauer“ werden. Wenn dann die Namen alle abgesändert sein werden, werden die Litauer feststellen, daß es in dem Memelgebiet keine Litauer mehr gibt. Wenn nach der Auffassung, die in litauischen Kreisen verbreitet ist, einer der keinen deutschen Namen hat, auch kein Deutscher. Eine einfache Methode — wenn die Objekte, auf die sie angewandt wird, nicht eben Menschen wären, deren Volkstum sich nicht mit ein wenig Einte abändern läßt.

Litauischer Mordversuch in Memel.

Über ein Schulspiel litauischer Verdrängungskunst berichtete die „Preussische Zeitung“ am 8. Dezember folgendes:

Vor kurzen fand ein Cerimonioordem Memeler Schöffengericht statt, der sich mit politischen Vorgängen befaßte, die bis in den Februar 1932 zurückreichen. Am 7. Februar 1932 nämlich hatte der Vorsitzende der Landwirtschaftspartei des Memelgebietes, Conrad, eine Versammlung seiner Partei nach Deutsch-Eroltingen, Kreis Memel, einzuberufen. Den litauischen Behörden schien diese Gelegenheit sehr günstig zu sein, die Bevölkerung durch ihre Parteigänger aufzuheben, einen Sammel zu inszenieren und in dem Wirrwarr die Führer der Versammlung, wann möglich, durch Mord zu beseitigen. Zu diesem Zwecke wurde, wie die Untersuchungen einmündig ergeben haben, den litauischen Eisenbahneamten, den Gefängnisbeamten in Bajoron u. s. w., der Befehl erteilt, mit geladenen Revolvern und mit Feldsteinen, Eisenstücken und faulen Eiern zu dieser Versammlung zu erscheinen. Derselbe Aufforderung erging an die großlitauischen eingestellten Weister der Umgebung des Versammlungsortes. Der Leiter des litauischen Juchthauses in Bajoron, Akhtenis, erteilte seinen Beamten Anweisungen zu dem Überfall und versprach ihnen im Falle des Gelingens eine hohe Belohnung. So hatte man etwa 100 litauische Personen zusammengetrommelt, die zum größten Teil aus Großlitauen stammten. Außerdem fanden auf Veranlassung des Kriegeskommandanten Pormonos auf dem Kasernenhof in Memel 40 litauische Soldaten zur Verfügung, die scharfe Munition und Handgranaten erhalten hatten, um nötigenfalls in die Vorgänge bei der Versammlung einzugreifen. Als der Redner die Versammlung eröffnete, erob sich ein müßes Gesehrei. Man verlangte, daß litauisch gesprochen werden sollte. Litauisch Sprechende memelländische Landwirte verführten, die Schreier zu beruhigen. Deren Gebüll wurde jedoch immer wilder und lauter. Auch den Aufforderungen der anwesenden Polizeibeamten kamen sie nicht nach, sondern sangen an, mit faulen Eiern zu werfen.

Da sich den Memelländern die Geduld, und mit dem Rufe: „Memelländer heran!“ stürzten sich etwa sieben memelländische Landwirte auf die wildgerode Herde und haben unter Sublimnahme von Speerstücken, Gardinjungen, Stählen und sonstigen beweglichen Gegenständen die 100köpfige Bande in wenigen Minuten in die Flucht geschlagen. Von draussen sah man dortaufhin ein Hagel von Feldsteinen

gegen das Versammlungslokal ein, wobei Türen und Fenster zertrümmert wurden. Mit scharfe Revolvergeschüsse, die dem Führer der Landwirtschaftspartei, Conrad, und dem Landtagsabgeordneten Vertuleit galten, verfehlten glücklicherweise ihr Ziel. Die verregelten Litauer ließen zu der nobeligenen Substantiation aus Tefelen, um von Memel Hilfe zu holen. Die 40 Soldaten zogen, nachdem der führende Offizier eine Ansprache gehalten und die ihm unterstellten Soldaten zur Casperkeit und zur Pflichtenfüllung fürs „Waterland ermahnt hatte, tatächlich mit einem Coltauto ab, erzielten aber unterwegs die Nachricht, daß die Versammlung bereits geschlossen sei. Dieser hinterlistige Überfall erregte damals großes Aufsehen.

Als die memelländische Polizei einstrich, und ein Verfahren gegen die Haupttäufelverfehr einleitete, haben die litauischen Behörden diese nach Großlitauen verfehrt. Grodheim ließ das Direktorium Schreiber diese Angelegenheit nicht ruhen und hat gegen 37 überläter Anklage wegen Landfriedensbruch, Mordversuch, Hausfriedensbruch u. s. w. erhoben. Litauischerseits wurde dieser „Prozeß, in dem man fürchtete, blamiert und bloßgelegt zu werden, so lange als möglich verschleppt. Erst nach zwei Jahren und acht Monaten, als das ungesellige litauische Direktorium Memel aus Ruher gekommen war, das seinen Einfluß auf die Justiz des Reichsgebiets rückwärts gestand machen konnte, wurde ein Cerimonio angefeht. Der Vertreter der Angeklagten leitete ein neues Verteidigungsmanöver ein, indem er den einen Schöffin, eine abrennerte und angeheime Persönlichkeit, als befangen ablebhte. Seinem Antrag wurde entprochen und die Verhandlung auf den Dezember verlagert mit dem Bemerken, daß dann die Öffentlichkeit „wegen Verführung der Staatsicherheit“ ausgeschlossen werden würde. Man kann sich ja denken, was aus diesem Prozeß schließlich herauskommen wird. Die litauische Presse hat am Tage nach diesem Cerimonio die Stirn gebahrt, zu behaupten, daß die litauische Bevölkerung durch die Verhaftung der Deutschen in ihrem patriotischen Gefühl beleidigt und aufgeregt worden wäre, und daß man die memelländischen Landwirte zur Retenhaft ziehen müßte!

Made in Germany.

Litauischerseits ist man bei der Beschaffung von Industrieerzeugnissen bestrebt, die deutschen Firmen auszufolten. Das sollte auch bei der Beschaffung von Einrichtungsgegenständen für die automatische Telephonie geltehen. Der litauische Postdirektor Augustuolis hatte sich ja, St. mit einem ganzen Stab von Dolmetschern nach England begeben, um dort die automatische Telephonie zu studieren und die Apparate zu bestellen. Als diese schließlich in Memel ankamen, war man nicht wenig erstaunt, als man auf alle diese Apparate den Firmenaufdruck Siemens & Halske, Berlin, las. Das Mißgeschick ist um so größer, als nun eine ganze Menge weiterer Einrichtungsgegenstände für die automatische Telephonie von derselben Firma genommen werden müssen, damit sie zusammenpassen. Litauische Postbeamte haben festgestellt, daß Litauen all diese Apparate bei einem direkten Bezug von der deutschen Firma um einige Millionen hätte billiger haben können. Ähnlich ist es der litauischen Postbehörde auch bei der Beschaffung von Vortruppen für die Telegraphenstationen ergangen, die auch aus England bezogen wurden, aber den Aufdruck „Made in Germany“ — hergestellt in Deutschland — tragen.

Handgriff weist seine Hand nach



für den Winterfeldzug 1931/35

Die Gemeindevahlen in Bielitz.

In Bielitz fanden am 9. Dezember Kommunalwahlen statt. Diese Wahlen waren in mehrfacher Hinsicht interessant. Zunächst deshalb, weil diese Stadt im ehemaligen österreichischen Schlesien die einzige Stadt des polnischen Staates ist, in der das deutsche Volkselement noch heute stärker als das polnische ist. Außerdem deshalb, weil hier die Frage über die verschiedenen deutsch-polnischen Parteien in einem offenen Wahlkampf ausgetragen wurden. Allgemein auch von polnischer Seite, wird die Ansicht vertreten, daß die Bielitzer Wahlen eine größere als bloß lokale Bedeutung besitzen. Ingesamt waren 11 Kandidatenlisten aufgestellt worden. Den Polen war es gelungen, unter dem Namen „Polnischer Wirtschaftsblock“ eine Einheitsliste zuzubringen, obwohl auch in ihrem Lager scharfe parteipolitische Gegensätze bestanden. Nur die polnischen Sozialdemokraten machten bei dieser Einheitsliste nicht mit. Sie bildeten mit den deutschen Sozialdemokraten eine gemeinsame Liste. Die Deutschen waren mit drei Listen vertreten, und zwar: Jungdeutsche Partei, Deutsche Partei und Deutsche Christliche Ständeliste (christlich-polnisch). Erob. noch weniger Bemühungen war eine Einigung unter den Bielitzer Deutschen, die zweifellos zu einem besseren Wahlergebnis geführt hätte, nicht zu erzielen. Die beiden anderen Gruppen glaubten, der Jungdeutschen Partei den Führensanspruch nicht werken zu dürfen. Das Wahlergebnis hat freilich gezeigt, daß die Jungdeutschen durchaus berechtigt sind, die Führung des Deutschstums in Bielitz für sich zu verlangen. Immerhin war es doch noch gelungen, zwischen den drei deutschen Parteien eine Listenverbindung zuzubringen, so daß wenigstens keine Reststimmen verloren gingen. Am Schluffen ist die Zerpfitterung in jüdischen Lager gewesen. Die Juden waren mit fünf verschiedenen Listen im Wahl-Konkurrenz, Handwerker, Demokraten, Regierungstreue und Zionisten. Die 1. Gruppe kam schließlich noch eine „Liste des privaten Beamtenstandes“, das eine Parteigruppensliste, hinzu, die auf deutsche ebenso wie auf polnische und jüdische Stimmen kalkulierte. Das Ergebnis ist folgendes: Bei einer Wahlbeteiligung von 86 v. H. erhielten:

Polnischer Wirtschaftsblock	4834 Stimmen	13 Mandate
Liste des privaten Beamtenstandes	980	3
Deutsche Christl. Ständeliste	1512	3
Sozialdemokraten	1217	3
Deutsche Partei	2584	7
Jungdeutsche Partei	397	1
Jüdische Revisionisten	333	1
Jüdische Handwerker	330	1
Union demokratischer Juden	282	1
Regierungstreue Juden	1302	3
Zionisten		

Die Polen haben also bei 4834 Stimmen 13 Mandate erhalten. Die drei deutschen Parteien haben bei 4781 Stimmen gleichfalls

13 Mandate gewonnen. Außerdem sind auf der deutsch-polnischen Liste der Sozialdemokraten noch drei Deutsche in den Bielitzer Stadtrat gekommen. Die weitaus stärkste Gruppe der Deutschen ist die Jungdeutsche Partei. Die bürgerliche Elite der Deutschen Partei muß sich mit der knappen Hälfte der Zahl der jungdeutschen Stimmen begnügen. Die letztere Seite steht die christlich-polnische Gruppe, die etwa der „Pau-Clino“ folgt. Die „internationale“ Beamtensliste hat völlig verfehlt. Und unter den Juden ragen die Zionisten bei weitem hervor.

Die letzten Bielitzer Gemeindevahlen fanden 1929 statt. Damals hatten die drei deutschen Parteien insgesamt 4438 Stimmen aufgewiesen, also über 300 weniger als bei den jetzigen Wahlen. Davon entfielen damals auf die Jungdeutsche Partei 1150 Stimmen (jezt 2584). Während sich die Gesamtsärke der deutschen Parteien in Bielitz von 1928 bis heute nicht wesentlich verändert hat, sind bei den anderen Parteien ganz erhebliche Veränderungen vor sich gegangen. Die national-gemeinschaftlichen Sozialdemokraten, die heute bei 1512 Stimmen 3 Mandate haben, hatten damals 3407 Stimmen und 10 Mandate (darunter 7 Deutsche). Die Polen hatten damals 1923 Stimmen und 6 Mandate (heute 4834 und 13). Die Juden hatten damals nur eine einzige Liste aufgestellt, für die bei 2100 Stimmen (jezt zusammen 2648 Stimmen) erhielten. Rechnet man die deutschen Sozialdemokraten den deutschen Parteien hinzu, so wurden 1929 in das Bielitzer Stadtparlament insgesamt 18, jezt nur noch 16 Deutsche gewählt.

Die zahlenmäßigen Sieger sind bei den Wahlen vom 9. Dezember also die Polen. Die Hauptverluste haben die Sozialdemokraten zu tragen, die etwa 900 Stimmen j. E. an die Polen, j. E. an die deutschen Parteien (vor allem meist an die Jungdeutschen) abgeben mußten. Auch die Juden haben wohl einen größeren Teil ihrer früheren Wählerhaft an den Polnischen Wirtschaftsblock verloren; dafür haben sie einen geringen Zugang aus den Kreisen der ehemaligen baulichen oder sozialdemokratischen Wähler erhalten. Für die Deutschen war das Ergebnis sicherlich ungünstiger gewesen, wenn sie geduldslos aufgetreten wären und wenn sie im Wahlkampf über ähnliche materielle und moralische Druckmittel verfügt hätten, wie sie den Polen zur Verfügung standen. Der Polnische Wirtschaftsblock hat es — allem nationalen Eifer zum Trost — nicht verschmäht, mit Plakaten und Aufzügen in deutscher Sprache für seine Ziele zu werben. Die Tatsache, daß der kommissarische Bürgerkandidat der polnischen Elite war, führte dem polnischen Block in propagandistischer Hinsicht noch mehr, als hätte er ein solches ungenutztes Übergewicht. Zum Beispiel hat dieser Dr. Druskija die offene Stimmbagge verfügt. Der Woiwode Grunski hatte ihm das auf einen Protest der deutschen Parteien hin zwar unterstellt. Am Wahlsonntag aber mußten auf Anordnung polnischer Amtsanstalten in einigen Wahllokalen trotzdem die Stimmen offen abgegeben werden.

Wieder ein französischer Finanzskandal in Polen.

Die Pariser Presse ist darüber erob, daß gerade jezt, wo die französische Oltropole in Warschau vorliegt und es darauf ankommt, eine möglichst reine Atmosphäre zwischen Frankreich und Polen zu schaffen, in Warschau ein neuer Skandal ausbricht, in dessen Mittelpunkt, ebenso wie im Falle Jarardow, das französische Kapital steht. Diesmal handelt es sich um die Warschauer Elektrizitätswerke, die sich in französischen Händen befinden. Die französische „Compagnie d'Electricite de Varsovie“ ist die Beherrin dieser Werke. Sinter ihr steht die große französische Elektroguppe „Boussard“ deren Einfluß auf das amtliche Frankreich auch in Polen zu nichterholten Malen sehr deutlich zum Ausdruck gekommen ist. Die Gesellschaft hat eine 15-jährige Konzession für die Bau- und Betrieb der Warschauer Kraftwerke, die vom 11. Januar 1902 stammt und am 10. Januar 1937 ablaufen wird. Die Gesellschaft ist ein erstklassiges Vertriebsunternehmen und hat in den letzten Jahren der furchtbaren Wirtschaftskrise und der großen Verarmung Polens Dividenden von 15—20 Prozent verteilt. Es ist kein Wunder, wenn sie dieses Geschäft sohalten will und unter zahlreichen Vorwänden jezt Jobe und Tag lebhaft nach einer Verlängerung ihres Konzessionsvertrages um eine 15-jährige Periode Jahren verlangt. Die Stadt Warschau ist hieran in keinem Weise interessiert, in Soganzett: ihr hat nach Ablauf des Vertrages, also nach einem mehr als zehn Jahren, das ganze investierte Betriebsvermögen der Gesellschaft ohne jede Entschädigung zufließen. Solche Verträge sind zwar im allgemeinen in zivilisierten europäischen Staaten wenig üblich, pflegen aber mit Orient- und Südamerikalanaten auch heute noch abgeschlossen zu werden. Regelmäßig pflegt auch dort die Konzessionsgesellschaft, wenn der Ablauftermin ihres Vertrages heranab, dessen Verlängerung zu fordern, die je nach dem politischen Einfluß ihres Heimatlandes stattgegeben wird oder nicht.

Die offizielle „Gazeta Polska“ hat sich erst vor wenigen Monaten jezt deutlich zu dieser Sache geäußert und keinen Zweifel daran gelassen, daß Polens der Warschauer Elektrowerke nicht zu erneuern und auch keine Subsidien zu zahlen, sondern zu das Großkraftwerk einfach vertragsgemäß ohne jede weitere Zahlung zu übernehmen gebührt.

Die Stadt Warschau liegt mit der französischen Gesellschaft jezt in einem erbitterten Streit um die Strompreiserhöhung; die Stadt hat die Strompreise der Gesellschaft für viel zu hoch; die Gesellschaft aber behauptet sie als „gerade ausreichend“, um ihre Rentabilität zu sichern. Das französische Außenministerium hat sich mehrfach nachdrücklich für die Gesellschaft vermannt. Es drückt auf den früheren Außenminister Joleki und jezt drückt wieder auf die Warschauer Stadterwaltung, die das französische Unternehmen durch den Streik der Strompreiserhöhung, daß der Strompreis seit dem Abschluss der holländischen Niederlassungsverträge ein Jahr unterbreitet wurde. Joleki prüfte die Akten und stellte einen Spruch, der im wesentlichen den Standpunkt der Gesellschaft einnahm. Die Gesellschaft erkannte den Spruch mit Freude an, die Stadt Warschau aber nicht, und der Streit ging fort bis auf den heutigen Tag. Die vor einigen Monaten eingeleitete neue kommunistische Warschauer Stadterwaltung unter Starjanski aber ist auf dem Polten. Nachdem die Vermittlungen Starjanskis, eine friedliche Einigung mit der Gesellschaft zu erzielen, fehlschlagen waren, ging er nun Angriff über. Er hat namens der Stadt Warschau die französische Stadterwaltung in Anspruch genommen, die die Gesellschaft auf 10 Millionen in der Höhe der Rückzahlung des Eigentums der Landeshaupstadt geklagt. Die Stadt verlangt für sofort, daß zur Sicherstellung ihrer Ansprüche das Vermögen der Gesellschaft vorläufig unter gerichtliche Verwaltung gestellt werde. Die Stadt behauptet, die Gesellschaft habe ihre Bilanz ungenau geföhrt und dem seinerzeitigen holländischen Siedersrichter falsche Siffern unterbreitet, so lasse die Stadterwaltung in den Fabriken systematisch vor der Transformatorn abbringen, die eine Verfehlung des Siedersrichters in der Höhe von 80 Millionen des ordentlichen Stromertrages einbringe. Die Stadt verlangt u. a. m. Selbstverständlich hat die polnische Regierung die Stadt Warschauer Kreise, die das französische Kapital in Polen repräsentieren und protestieren, in die hellste Zukunft verjagt. Es heißt, daß der französische Vorkäufer bei der polnischen Regierung angulden der Gesellschaft intervenieren wird.

Das Danziger Hafenabkommen verlängert.

Am 4. Dezember wurde ein Protokoll unterzeichnet, durch welches das Danzig-Polnische Hafenabkommen des 5. August/1933 bis zum 30. September 1935 verlängert wurde. Zugleich kamen Danzig und Polen überein, die Zeit vom 1. Oktober 1935 bis zum 30. September 1934 vereinbarten Grundlagen der Ausnutzung des Danziger Hafens auch für das laufende Jahr, vom 1. Oktober 1934 bis zum 30. September 1935, zu verlängern. Die Vereinbarung hat der „vertrauliche Zustand“ in der Hafenfrage, der seit Anfang Oktober d. J. befanden hat, aufgehört. Die Danziger Regierung hatte die Verhandlungen über die Verlängerung des Hafenabkommens zunächst etwas hinausgeschoben, um sich erst auf Grund der etwa Mitte Oktober vorliegenden des Umflugesplan ein abschließendes Urteil über die Auswirkungen des Abkommens auf den Danziger Hafen im ersten Wintersemester hin zu können. Großes Interesse an der Verlängerung des Hafenabkommens hat die danziger Arbeiterschaft. Die Funktion des Abkommens ist schließlich zu nennen, daß man sich zu dessen Verlängerung entschloß. Man gemäßig ist eine Steigerung des Umfluges im Danziger Hafen in der Zeit vom 1. Oktober 1933 bis zum 30. November 1934 gegenüber dem Vorjahr um etwa 1,3 Mill. Tonnen festzustellen. Diese Umflugssteigerung in Danzig ist jedoch keineswegs auf Kosten des Güterumfluges in Gdingen erfolgt, sondern auf die verhältnismäßig günstige Konjunktur zurückzuführen. Erhebliche Sorgen bereitet der Danziger Regierung die Tatsache, daß der nunmehrige Zuwachs des Umfluges dessen, was im Hinblick auf die Funktion des Abkommens schließlich im Hinblick auf eine Steigerung des Umfluges ist nämlich in Danzig gerade bei dem geringwertigen Wollengüter festzustellen, also bei den Gütern, die dem Danziger Handel nur eine geringe oder überhaupt kein Ver-

dienstmöglichkeit lassen. Dagegen sind die hochwertigen Güter, an denen der Danziger Kaufmann besonders interessiert ist, mehr und mehr nach Gdingen abzuwandern. In dieser Hinsicht wird das Hafenabkommen gelegentlich auf Grund der gemachten Erfahrungen gewöhnlich Änderungen erfahren müssen. Z. B. ist der Rückgang bisher nicht in das Hafenabkommen hineingekamert worden. Der „vertrauliche Zustand“ in der ersten neun Monaten d. J. nur noch 1095 Tonnen, Gdingen dagegen 14 900 Tonnen Güter umgeschlagen hat.

Die Erneuerung des Hafenabkommens bemittelt erneut die ungeduldeten Willen Danzigs zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Polen — allen Alarmmeldungen und Verdächtigungen zum Trotz, die in Verbindung mit dem Rücktritt Kaufmanns vor allem in der polnischen Oppositionspresse auftauchen. Daß der Danziger Senat unter Arthur Grewitz auch in der Frage des Abkommens über die Rechte der Polen in Danzig zu seinem Wort steht, wird durch die Tatsache bewiesen, daß eben jetzt erst eine neue polnische Schule in einem Dorfe des Westpreußens vom Senat genehmigt worden ist. Gerade auf dem Gebiete des Schulwesens glaubte die polnische Presse der Danziger NSDAP eine Sabotage der getroffenen Vereinbarungen vornehmen zu können. Richter denke den Leuten in Polen dürfen durch die obige Mitteilung eines besseren belehrt werden sein. Den Leuten aber, die nicht mit den gegebenen Verhältnissen, also mit dem deutschen Charakter der freien Stadt Danzig, rechnen, sondern grundsätzliche Forderungen aufstellen, von denen sie selber wissen, daß sie unerfüllbar sind, lasse der Danziger Regierung eine Polonisierung ihres Staatswesens nahelegen, die sie nicht mehr machen können, und es wird sich in Danzig auch nie jemand finden, der die Absicht hat, es diesen unerfüllbaren Leuten recht zu machen.

Die polnische Eisenbahnverwaltung in Danzig.

Polen hat es für richtig gehalten, seine Zusammenarbeit mit Danzig auf eine feste Basis und dabei höchst überflüssige Probe zu stellen. Von der polnischen Staatsbahndirektion in Danzig wurden kürzlich 170 Arbeiter und Handwerker entlassen. Insgesamt folg 500 Mann auf die Straße geworfen werden. Es handelt sich ausschließlich um ausländische Arbeiter. Entlassenen befindet sich nicht fünf Polen, denen wegen ihrer Einstellung verprochen wurde, wenn sie dem Moczynski-Berbande beitreten. Für die hinausgeworfenen, die fast durchweg Familienväter mit mehreren Kindern sind, sind z. B. bereits andere Leute, natürlich Polen, eingestellt worden. Nach welchen Gesichtspunkten diese Entlassungen vorgenommen werden, gibt J. W. aus folgendem Fall hervor. Einer der Wohnarbeiter hatte aus Anlaß des Wahlzuges vom 18. November die Hakenkreuzflagge an einem Fenster seiner Wohnung angebracht. Daraufhin kam ein Pole vom Eisenbahnamt zu ihm, forderte ihn auf, die Fahne, durch die er, der Pole, sich prosoziert (i) fähig, zu entfernen, und drohte ihm an, die Angelegenheit weiterzuberichten. Kurz darauf wurde der deutsche Arbeiter entlassen. An anderen Fällen ist die Weigerung der Arbeiter, ihre Kinder zur polnischen Schule anzumelden, der Entlassungsgrund. Die Eisenbahnarbeiter und -Handwerker werden von den Agenten der polnischen Berufsorganisation, des Moczynski-Berbandes, überwacht, welche Zeitungen sie lesen, welche Versammlungen sie besuchen usw. Es werden von ihnen sauberen polnischen „Kollegen“ auf Schritt und Tritt begehrt, und wenn sie sich diesen Leuten irgendetwas verdächtig gemacht haben, etwa indem sie den „Danziger Wortposten“ lesen, werden sie bei ihrer Dienststelle denunziert. Ebenso sind alle die Arbeiter, die sich freiwillig an der Spendenaktion für die Hofmalerwerkstatt beteiligten in die Liste derer, die in eine schwarze Liste eingetragen werden. Bei nächster Gelegenheit fügen sie dann auf die Straße — wegen „Personalminderung“, wegen „Arbeitsmangels“ oder auch wegen „Dienstunfähigkeit“. Oder sie werden eines Tages zum polnischen Bahnarzt beordert, von diesem „untersucht“ und als „invalide“ und „dienstuntauglich“ entlassen. Eine Zeitung erhalten sie dann aus der Arbeiterpenkasselle eine kleine Rente, werden jedoch erneut zum Bahnarzt bestellt, wieder „untersucht“ und für „kerngesund“ und „nicht mehr invalide im Sinne des Gesetzes“ befunden, worauf man ihnen kurzerhand die Rente entzieht, natürlich ohne sie wieder einzustellen. Dem Schicksal, auf die Straße geworfen zu werden, können sie nur dadurch entgehen, daß sie sich allen Wünschen ihrer polnischen Dienststelle in nationaler Hinsicht, d. h. wenn sie dem polnischen Berufsverband beitreten und sich durch eifrige Teilnahme an den polnischen Veranstaltungen, durch den Gebrauch bzw. das Erlernen der polnischen Sprache, durch Abtötung gegen den Nationalsozialismus, durch den Bezug polnischer Blätter und vor allem dadurch, als „Polen“ ausweisen, daß sie ihre Kinder in die polnische Schule schicken. Auf die Kinder der deutschen Arbeiter kommt es den Polen ganz besonders an. Deshalb richtet sich ihre Drangsalierung und ihr Betriebsterror besonders gegen die kinderreichen Familienväter, bei denen sich die Polonisierung auch „lohn“t. Es ist kein Zufall, daß sich unter denen, die jetzt entlassen worden sind, eine auffällig große Zahl deutscher Arbeiter befindet, die Jungs, Lieben oder gar neue Kinder haben.

Polenverleumdung wird durch diese Maßnahme in größtmöglicher Weise die Danzig-Polnische Verständigungsaktion

labortiert. Dieser Wille ist in die Methoden der härtesten Kampfzeit ist ganz gemiß nicht geeignet, moralische Eroberungen in Danzig zu machen. Die Eisenbahnverwaltung erweist sich von neuem, wie schon so oft in den vergangenen Jahren, als eine Institution, gegen die von Danziger Seite in ganz entscheidender Abwehr Front gemacht werden muß. Das terroristische Auftreten des Moczynski-Berbandes und das unfaire Vorgehen der polnischen Eisenbahndirektion muß von der Danziger Bevölkerung als eine unzulässige Drohkulisse empfunden werden, die nicht ohne politische Folgen bleiben kann. Der Danziger Wortposten nimmt zu diesen Vorfällen u. a. die folgendes Stellung:

Zu den wirtschaftlichen Rechten, die Polen in Danzig zugesprochen wurden, gehört auch die Verwaltung der vollpzigigen Eisenbahn in Danzig. Daraus ergibt sich, und es handelt sich dabei um riesige Summen, daß der Danziger Staatsfiskus einen schmerzhaften finanziellen Verlust erfährt, da er auf eine sichere Einnahmequelle Verzicht zu leisten hat. Dieser materielle Punkt ist aber nicht allein ausschlaggebend, vielmehr hat Danzig mit der Übertragung der Verwaltung seiner Eisenbahn an Polen ein politisches Problem aufgeworfen, das nicht nur Danzig, sondern auch die polnische Reichsregierung angeht. Die Verwaltung der polnischen Staatsbahndirektion in Danzig als Organ der Polonisierung zu gebrauchen und sich hier ein Rückgrat des Polentums zu schaffen, was durchaus nicht in der Absicht der Urheber dieses Planes war, durch den Danzig seiner Eisenbahn beraubt wurde.

Am 1. Dezember 1921 gingen die Eisenbahnen auf Grund der Entscheidung des Hohen Kommissars teils in den Besitz Polens, teils in den des Hafenschauswesels über. Die Verwaltung sämtlicher Strecken wurde jedoch Polen übertragen. An dieser Entscheidung vom 5. September 1921 teilte der Hohen Kommissar eine Reihe von Entscheidungen, durch die er bestimmte Sicherungen für Danzig festlegte, welche, was aber — was die Folgezeit erries — nur unzureichend in die Nähe erreicht wurde. 5500 deutsche Eisenbahner-Sammlen damals vor der Entscheidung, ob sie in Danzig unter diesen schwierigen Umständen bleiben sollten oder ob sie — was ihnen rechtmäßig zuzustand — in deutschen Dienst übertritten sollten. Die deutschen Eisenbahner aber hielten Danzig die Treue bis auf einige ganz wenige Ausnahmen, obgleich sie wußten, daß eine Opferrolle, ungewisse Zukunft auf sie wartete. Raum war die Verwaltung in polnischen Besitz gelangt, die ersten Augenblicke der Verwaltung im Sinne der Polonisierung ein hartnäckiges und rückwärtslos ging man dabei vor. Beiträge und Arbeiterentscheidungen wurden in jammervoll und einseitig ausgesetzt, regelmäßig in den Wintermonaten wurden deutsche Eisenbahner entlassen und nach ankündigendem Bedarf an ihrer Stelle polnische dafür eingestellt. Die ständige Wiederholung dieses Verfahrens mußte dazu führen, daß die Arbeiterchaft schließlich in immer größerem Prozentsatz aus Polen bestand und heute fast gar keine Deutschen mehr Beschäftigung haben.

Während es sich herausstellte, daß der Vorrat an polnischen Arbeitskräften auf dem Danziger Arbeitsamt durch die Zusammenfassung der Eisenbahn sich erschöpfte, wurde die Eisenbahn der Danziger Eisenbahner, die durch die Entscheidung des Hohen Kom-

bundkommisars ein Vortrecht auf Arbeit haben, unerbenlich, oder sie wurden nach kurzfristiger Beschäftigung ebenfalls entlassen. Ablost unsar aber war die Tätigkeit des polnischen Schulvereins. Das polnische Gymnasium, das in den meisten Säulen kein Schulgeld in Anspruch nimmt, kann nur existieren, weil die Bediensteten der polnischen Eisenbahndirektion ihre Kinder dort hinschicken. Die überhaupt das polnische Vereinswesen sich nach dem Maße so stark entwickelte, wie es bis zum vorigen Jahr der sich der polnischen Staatsbahndirektion für ganz Danzemberden sich in Danzig befand. Brutto kam die enge Verbindung zwischen Schulverein und Eisenbahndirektion im Jahre 1930 zum Durchbruch, als polnische Eisenbahner bei Hausbesuchen die deutschen Beamten, Arbeiter und Handwerker unter nicht mißzuverehenden Drohungen anhielten, ihre Kinder für das neue Schuljahr in polnischen Schulen anmelden. Ein Teil gab dem Druck nach, die anderen wurden erzwungen. Die Beamten deutscher Rationalität wurden bei Beförderung und Beförderung der Dienstposten im Jahre 1925 an gegenüber den neuangestellten Polen als rechtlos behandelt. Als wichtiges Mittel der Auslösung der deutschen Beamten spielte hierbei das Verlangen nach Kenntnis des polnischen Sprache eine Rolle, trotzdem eine Entschädigung des Vorkerbundes die Unrechtmäßigkeit dieser polnischen Forderung feststellte. Die jungen polnischen Amnarter wurden mit der Begründung einer besonderen Befähigung vorzugsweise ernannt und befördert. Die Bediensteten des Betriebes und die jährliche Einnahme waren nicht ausblaggebend, maßgebend war nur immer das Ziel der Polonisierung.

Rachdem die Rahmenfrage also im polnischen Sinne geklärt war, bestränkten man sich nicht nur auf Schikane und Benachteiligung der deutschen Bediensteten, sondern begann mit Entlassungen von Hilfsbeamten und Arbeitern sowie der mangelsweiligen Zurücksetzung der Beamten. Es wurde ein Kohlenbergbau in die Hände dieser Härte einer grundlosen Entlassung zum Opfer gefallen und Hunderte von Beamten gegen ihren Willen pensioniert worden. Die wichtigsten Abteilungen, die ursprünglich mit deutschem Personal ausschließlich besetzt waren, sind heute in polnischen

Händen. Die Befolgung und Pensionszahlungen, die sich nach Recht und Billigkeit den Danziger Gesetzen anpassen haben, sind in Wirklichkeit nur scheinbar und mit Kermisvergehen gelegentlich angelegelt worden bzw. erfolgte eine Eingruppierung, die fast für jede Gruppe gegenüber den Beamten und Angestellten des Staates eine Benachteiligung bedeutete. Vor allem aber ist die Pensionsregelung bei den nach der Übernahme durch Polen eingestellten Bediensteten des Barlsruher Sägen gemäß durchgeführt, so daß jüngere jüngere Pensionäre heute 50 Gulden monatlich erhalten.

Zusammenfassend kann von den deutschpolnischen Beamten, Handwerkern und Arbeitern im Dienst der polnischen Eisenbahn gesagt werden, daß ihr Los bereits seit langem so hart ist, daß es gar nicht mehr verschlechtert werden kann. Die beständige ungerichte Wechselbehandlung trieb sie immer mehr in einen seelischen Druck hinein, der der Verwirklichung nahekommt. Angesichts dieser Maßnahmen mußte sich eine Katastrophe früher oder später ereignen. Eine solche trat ein, nachdem im Januar 1931 ein englischer Eisenbahnarbeiter, der allzu lange auf die Auszahlung des längst fälligen Lohnes warten mußte, bei einer Verbräufung auf dem Eisenbahnbauamt mit dem polnischen Kohlenarbeiter in Streit geriet und diesen in der Kottwehr erschoss. So tief beauerlicher dieser Verfall war, so beleuchtete er doch schlaglichtartig die große Verwirrungslage, in der sich insbesondere die entlassenen Eisenbahnarbeiter befinden.

... bald werden wir alle entlassen sein, sagt ein noch verblicherer Eisenbahner. Das kann nicht zutreffen, bislang angenommen werden. Das Recht in vollem Widerspruch zu den Verpflichtungen, die Polen mit der Übernahme der Eisenbahn in Danzig eingegangen ist, mußte ausgeübt, wenn wir feststellen, daß wir in dieser Handlungsweise einen Vorstoß gegen den Geist der Verbräufung leben müssen. Man könnte annehmen, daß eine gewisse Gleichgültigkeit von Danziger Seite den polnischen Rechtsbrüchen Verstand letztere. Es geht aber nicht an, daß nur immer von Polen jeder geringste Anlaß ausgenutzt wird, um Danzig anzuklagen und ihm Verwürfe zu machen, während Danzig zu allem Schmogist, was ihm wider Recht und Billigkeit mit einer unentschuldbaren Rücksichtslosigkeit angetan wird.

Ostland-Woche.

Ein französisch-russisches Abkommen.

Zwischen dem französischen Außenminister Cavalet und dem sowjetrussischen Außenminister Litwinow ist ein Vertrag abgeschlossen worden, durch den Kauf und Verkauf von Waren erleichtert, die den Verhandlungen über zweiseitige Verträge zu führen, ohne sich vorher miteinander in Verbindung zu setzen und zu besprechen. Zu dem Abkommen schreibt Tertinax im „Echo de Paris“: Es sichere Frankreich vor einer Wiederholung von Kapallo, während die sowjetrussische Regierung gegen das Risiko einer unmittelbaren deutsch-französischen Verhandlung gestimmt sei. Sollte der Ostpakt nicht zum Abschluß gelangen, so würden Frankreich und Sowjetrußland ihre Zusammenarbeit eingeben befehlen.

Kohlenfrieden zwischen England und Polen.

England und Polen haben Frieden miteinander geschlossen. Der Kohlenkrieg ist beendet. In London wurde ein Memorandum von den Delegierten der englischen und der polnischen Kohlenindustrie unterzeichnet, welches die Bestimmungen eines Abkommens enthält, das die Delegierten der Kohlenindustrie ihren beiden Vätern zur Annahme empfehlen werden. Sein perpekt ist der Frieden also noch nicht. Aber an seinem endgültigen Abschluß ist nicht mehr zu zweifeln. Beide Teile sind durch den abdrehenden erbitterten Konkurrenzkampf müde geworden. Das Abkommen soll zunächst für die Dauer von drei Jahren gelten. Die Einzelheiten sind noch nicht bekannt. Es sollen Teile der Restriktion des Abkommens zurückgenommen werden. Jedoch ist schon so viel bekannt, daß es sich um einen einzigen Märkten, die traditionell zum polnischen Abgabebereich gehören und an denen England nicht interessiert ist. — Der polnische Kohlenexport auf einen bestimmten Bombendertsdas des englischen Exportes beschränkt werden soll. Der „Daily Telegraph“ mußte zu melden, daß sich das englisch-polnische Verhältnis im Rahmen von 80-20 bis 85-15 halten werde. Dieses Verhältnis sollte für die polnischen Kohlenexporte, die auf dem Seewege nach Skandinavien, den Mittelmeerbäfen und nach Irland gehen. Es auch die polnischen Kohlenausfuhr auf dem Seewege in dem Memorandum berücksichtigt werden ist, ist nicht bekannt. Wenn das nicht der Fall wäre, würde Polen 3. B. in seinem Export nach den Mittelmeerlandern u. U. einige, das Abkommen umgehende Chancen, haben. Als zweiter wichtiger Punkt des Abkommens wird die gemeinsame Festsetzung der Exportpreise für Kohle genannt. Die englische Presse ist allgemein vom Zustandekommen des Kohlenfriedens erfreut. Man hat in England den schwierigen und operativen Kohlenkrieg mit Polen nicht nur als eine wirtschaftliche Belastung, sondern auch als eine Schwächung des britischen Handelspreises empfunden. Die „Economist“ ist zufrieden, aber nicht freudig optimistisch. Die „Times“ hat die Hoffnung geäußert, daß die Engländer sich belasse darin, daß es den polnischen Anspruch auf Beteiligung an der Verflechtung des Weltmarktes anerkannt habe, was bisher

nicht der Fall gewesen sei. Das polnische Opfer sei das Einverständnis mit einer gewissen Verringerung des polnischen Kohlenexportes zugunsten Englands. Die Bedeutung des Vertrages rechtfertige sich dieses Opfer. Der polnische Kohlenbergbau könne zufrieden sein, denn der Vertrag habe die den längst angestrebten Abschluß einer Kraftprobe mit dem stärksten Gegner.

Zucker in Curus.

Die polnische Zuckerproduktion ist im Laufe der letzten Jahre ganz erheblich gesunken. Der Inlandsverbrauch an Zucker hat im Wirtschaftsjahr 1930/31 3 724 000 Zentner betragen. Im Jahre 1933/34 haben nur noch 3 207 000 Zentner Zucker im Inland verbraucht werden können. Das ist einerseits eine Folge der fortschreitenden Verarmung der Bevölkerungsmassen, andererseits eine Wirkung der Steuerpolitik der polnischen Regierung. Unverständlich ist es daher, schrieb das „Slovo Demoracie“ am 18. November, daß nach der Rede des Finanzministers im nächsten Jahre auch der Zucker zur Deckung des Haushaltsdefizites herangezogen werden sollte. Es sei nämlich außer einer allgemeinen Erhöhung der Zuckersteuer um 5 Zloty je 100 Kg. auch noch eine Sonderbesteuerung von Würfelzucker geplant, als „Luxuszucker“, um weitere 3,50 Zloty je 100 Kg. zu betragen. Ein solchens schmerzigen Kapitel ist die Frage des polnischen Zuckerexports. Im Jahre 1930/31 betrug es in dem erwähnten Blatte, haben wir 3 014 000 Zentner ausgeführt, dagegen im Jahre 1933/34 kaum 939 000 Zentner. Hier haben wir einen noch größeren Rückgang. Aber darüber meint unsere Bevölkerung weniger, weil sie nun zu dieser Ausfuhr weniger zu zahlen braucht. Wieviel sie jedoch zuzug, geht aus den folgenden Zahlen hervor: Im Laufe des September d. J. wurden aus Polen nach England 49 266 Zentner ausgeführt, wofür man als Gegenwert 12 356 Pfd. Sterl. oder rund 332 200 Zloty erhielt, bei einem angenommenen Pfundkurs von 26,50 Zloty. Für die gleiche Zuckermenge müßten wir, wenn sie auf dem Inlandsmarkte verkauft würde, 6 400 000 Zloty erhalten. Dann während bei uns ein Zuckerkreis im Kleinverkauf auf noch der letzten Preisverlenkung nur 1,30 Zloty je Kilogramm beträgt, zahlen die Engländer für 1 Kg. Zucker, das aus Polen eingeführt wird, . . . 6% Großhandel! Insofern wurden von Beginn dieses Jahres bis zum 1. Oktober an polnischen Zucker nach England 417 000 Zentner ausgeführt, für die mir 104 000 Pfd. Sterl. oder 2 662 400 Zloty erhielten, während die gleiche Menge, wenn sie an den polnischen Verbraucher verkauft worden müße, 54 210 000 Zloty gekostet hätte.

Die Besatzmächte würden aber fortlaufend den englischen Importeur gemacht, obgleich der Inlandsverbrauch an Zucker in Polen selbst dauernd im Abnehmen begriffen ist. Um diesen Umständen mußte man fragen, ob es nicht günstiger wäre, den Preis im Inlande zu beruhigen, daß der Zucker, wie vor dem Kriege, ein Artikel des täglichen Gebrauchs würde, während er jetzt einen Luxus darstelle. Das

Argument, daß der hohe Zuckerpreis erhalten bleiben müße, um die Rentabilität dieses wichtigen Zweiges der So. schwerer mit der Krise kämpfenden Landwirtschaft zu sichern, sei nicht stichhaltig, denn dann sollte man vor allem daran denken, die überaus kostspielige Vermahlung in der Zuckerindustrie zu verbilligen. Wir kennen gerade unzulängliche Beispiele für die Höhe der Direkt- und Vermahlungsgelder in der Zuckerindustrie anführen, für die Hunderttausende Stoly vergabert werden. Ein Senkung der Zuckerpreise werde erst möglich sein, wenn man auch die Produktions- und Handelskosten sowie die verschiedenen Abgabengebühren senken werde.

Neues Erbrecht in Polen.

Im Polen soll ein neues Erbrecht eingeführt werden. Die bisher noch geltenden Rechtsbestimmungen sind nicht nur in den verschiedenen Landesstellen noch uneinheitlich, sondern unpräzise, z. T. auch nicht mehr den Anforderungen, die in Polen heute vorzuziehen sind. Das Regierungsgesetz ist nun der Entwurf eines neuen Erbrechts ausgearbeitet worden, den man allerdings als reichlich liberal ansprechen muß. Die hohe Geistlichkeit Polens hat noch neuerdings gegen das geplante neue Erbrecht Einspruch erhoben. Sie vertritt bei ihrer Polemik z. T. allerdings Auffassungen, die z. B. in der grundsätzlichen Ablehnung der Willkür, kaum diskutabel erscheinen. Was sie an dem Entwurf vor allem kritisiert, ist folgendes: Einjährige Abwesenheit des Erbgebers, Verleumdung, Verleibung und geringe Verträge gegen die Ehe sollen bereits als Grundlage für eine Senkung der Abgabungen dienen können. Das Hauptgemüht wird auf eine Auseinandersetzung mit dem Paragrafen 34 gerichtet, der den Eheleuten nach dreijähriger Ehe gestatten soll, ohne Angabe von Gründen die Trennung der Ehe zu fordern! Die hohe Geistlichkeit sieht darin nichts anderes, als die gesetzliche Festlegung der Probehe. Das Gesetz ist vom Sejm noch nicht verabschiedet, sondern lediglich im Entwurf angenommen.

Die Not des polnischen Dorfes.

Die einige oppositionelle Partei, deren Sprecher im Sejm sich kürzlich dazu verstand, der polnischen Regierung einige anerkennende Worte zu sagen, ist die Polnische Volkspartei, eine politische Gruppe, die sich aus der Landbevölkerung, insbesondere aus den kleinbäuerlichen Kreisen rekrutiert. Der Abgeordnete dieser Partei, Michal Rog, gab in seiner Rede zu, daß die Entschuldigungslehre der Regierung für den kleineren und mittleren Bauern einige bankenswerte Erleichterungen zu bringen vermöge. Er hob zugleich aber hervor, daß mit der Entschuldung allein, selbst dann, wenn sie in vollkommener Weise durchgeführt würde, dem polnischen Dorfe nicht mehr aus der Not herauszuhehlen sei. Seine ausführlichen Ausführungen hat der Abgeordnete kürzlich in einem im „Przer Poranny“ erschienenen Artikel erläutert. Dieser Artikel hat nicht nur durch die Schärfe, mit der bei der Mißstände und strukturellen Fehler des polnischen Wirtschaftslebens aufgezeigt werden, sondern auch dadurch Aufsehen erregt, daß er in einem Blatte des Regierungsbloktes erschienen ist, das sich damit gleichsam mit einem oppositionellen Politiker identifiziert. Rog schreibt u. a.:

„Die Not des Dorfes hat bereits eine unangeheure Spannung erreicht. Nach der amtlichen Statistik gibt es in Polen 110 000 ländliche Wirtschaften im Umfang bis zu 2 Hektar. Wirtschaften von 2 bis 5 Hektar gibt es in Polen mehr als eine Million. Jede dieser Landwirtschaften muß 8-9 Personen ernähren. ... Die Lage wird immer tragischer. Die Entschuldungsgeße geben dem kleinen Landwirt nicht das, was wir erwartet haben, wenigstens manzugeben muß, daß sie eine gewisse Erleichterung bringen. Sie haben aber einen Nachscharakter und geben dem freien Ermessen der Verwaltungsbörden einen breiten Raum.“

„Die Landwirtschaft bricht unter der Schuldenlast zusammen. Selbst die Entschuldung, und sei sie noch so vollkommen, wird die kleinen Landwirtschaften nicht wieder auf die Beine bringen. Rotmisch ist die Bereicherung der Preise für Industrie- Erzeugnisse und die Erhöhung der Preise der landwirtschaftlichen und Züchterprodukte, die von den Landwirten verkauft werden. Ansehen wird der Unterschied zwischen den Einkünften und den Ausgaben des Landwirts immer größer. Nach der amtlichen Statistik hat der Landmann für einen Fluß, für den er im Jahre 1927 nur 100 Kilogramm Roggen abgab, im Februar dieses Jahres 273 Kilogramm Roggen abgeben müssen. Für zehn Emalje-Töpfe zahlte der Landmann im Jahre 1927 nur 51 Kilogramm Roggen, im Jahre 1928 aber dafür 178 Kilogramm Roggen verkaufen. 10 Kilogramm Speisefalz bezahlte er im Jahre 1927 mit 8 Kilogramm Roggen, im Februar d. J. mit 27 Kilogramm. Für 10 Kilogramm Zucker gab er im Jahre 1927 nur 36 Kilogramm Roggen ab, und im Februar d. J. mußte er 110 Kilogramm dafür hergeben. Ebenso verhält es sich bei der Umrechnung der Preise für industrielle Artikel auf Kilogramme der Züchterprodukte. Die Preissteigerung erweitert sich andauernd. Die Preisüberhebung für Zucker, Petroleum, Salz, Eisen, Zement, Kohlen, ja auch für den Polkarton, ist im Vergleich mit den Preisen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Züchterprodukte gering. Die ländliche Bevölkerung hat diese Preisüberhebung fast gar nicht gespürt.“

Die jüdischen Geschäfte.

Das jüdische Büro der Centrale der jüdischen Kaufleute hat in 216 kleinen Städten Polens Erhebungen über die Zahl der jüdischen Geschäfte angestellt. Die Untersuchungen wurden in allen Teilen Polens außer in den westlichen Woiwodschaften durchgeführt, wo bekanntlich wenig Juden wohnen. Danach waren von 15 381 Geschäften am 31. Dezember 1929 nur 2053 in wirtschaftlich und den 28 111 (33%) in wirtschaftlich. Am 31. Dezember 1933 hatte sich das Verhältnis umfasten der christlichen Vöden verdoppelt, so daß nur noch 86 v. H. der 15 482 Geschäfte in 216 kleinen Städten in jüdischen und 14 v. H. in christlichen Händen waren. Das sich Durchschnittsiffern für das ganze Land. In den östlichen Woiwodschaften sind 92,3 v. H. aller Geschäfte jüdisch und 7,7 christlich, und in 15 Städten der Ostmarken Polens gab es überhaupt keine christlichen Geschäfte. In den nördlichen Woiwodschaften entfallen auf 90,3 jüdische Geschäfte 9,7 christliche.

Verurteil der „Gajeta Gbanja“ verurteilt.

Das Danziger Schöffengericht verurteilte den Redakteur der „Gajeta Gbanja“, Wilhelm Grimsman, wegen Schmäher Verleibung der Danziger Polizei zu 150 Stunden Gefängnis oder 10 Tagen Gefängnis. Der Anklage lag folgender Tatbestand zugrunde: Der Reichsdeutsche Franz Siemann, der in Poznan wohnte und Mitglied der polnischen Sport- und Jugendorganisation ist, die im übrigen zum Kommunismus bekennt, war wiederholt gegen seine nationalsozialistischen Verbände tätlich vorgegangen und hatte wiederholt, ohne jeden Anlaß, in unflätiger Weise gegen den Nationalsozialismus gehetzt und insbesondere den Führer beschimpft. Siemann eines Tages einen vorübergehenden Seemann mit einer Saunlatte niederzuschlagen hatte, manden ich seine Verbände als Polizei. Im Verhör gab Siemann die ihm zur Zeit gelegten Handlungen zu. Er wurde am 13. Juli 1933 aus dem Gefängnis Danzig ausgewiesen und über die Grenze ins Reich abgehoben. Dort brachte er längere Zeit im Konzentrationslager Osanbrück zu. Nach seiner Entlassung ging er ohne rechtmäßigen Ausweis wieder nach Danzig wurde dort wegen Bannbruchs zu einem Monat Gefängnis verurteilt und erneut abgehoben. Über diese Vorfälle veröffentlichte die „Gajeta Gbanja“ am 28. März d. J. einen völlig entstellten Bericht, in dem der Danziger Polizei der Vorwurf gemacht wurde, sie hätte den Siemann wegen seiner „politischen Einstellung“ wegen seiner Feindschaft zum jüdischen „Satz der Mieros“ in Gbinn ausgewiesen. In einem weiteren Artikel vom 28. April d. J. wurden diese Verleumdungen noch einmal wiederholt. Der angeklagte Redakteur Wilhelm Grimsman meinte vor Gericht, er selbst habe die Artikel nicht geschrieben, er habe gleich Bedenken gegen ihre Veröffentlichung gehabt ufm. Zum Schluß will es also wieder keiner oewellen sein. Im übrigen kann man der „Gajeta Gbanja“ zu ihrem Schlingel und der polnischen Jugendorganisation zu ihrem Mitglied gratulieren. Verneinen wird man die beiden um den „Volksgesellen“ Siemann ganz gemäß nicht!

Lehrerleberer in Wolhynien.

Die Behörden genehmigten die Satzung des neugegründeten „Bereins deutscher Lehrer in Wolhynien“, über 40 bereits leminarisch ausgebildete Lehrer haben sich auf diese Weise zu einer berufständischen und ökonomischen Organisation zusammenschlossen.

Die polnischen Akademiker in Deutschland.

Die polnische Akademikervereinigung „Silesia Superior“, deren aktives Mitglieder an der Breslauer Universität studieren, hat kürzlich ihr einjähriges Bestehen gefeiert. Die Feier sei sich über mehrere Tage hinziehen wurde teils in der Stadt in den Räumen der dortigen polnischen Gymnasiums und in „Dom Polski“, dem Polnischen Hause teils in Obereschlesien begangen, wo die Mitglieder der Vereinigung verschiedene industrielle Werke und kulturelle Einrichtungen besichtigten. Anlässlich der Jubiläumfeier veröffentlichte die polnische Presse Waberes über die Entwicklung der Vereinigung. Diese sei aus sehr kleinen Anfängen entstanden. Nach der Teilung Obereschlesien habe der größte Teil der polnischen Akademiker sich nach Obereschlesien gewendet, um als Polen im polnischen Staate zu leben. Als im Jahre 1924 die Vereinigung „Silesia Superior“ in Oppeln gegründet wurde, sei sie mit einem Verbände von 100 Mitgliedern ins Leben getreten, von denen fünf Studenten der Breslauer Universität waren. Gegenwärtig habe sie 50 Mitglieder, die mit einer Ausnahme sämtlich Obereschlesier sind. Damit sei sie die stärkste polnische Akademikervereinigung in Deutschland. Die aktiven Mitglieder der „Silesia Superior“ haben mit andern polnischen Studierenden deutscher Staatsangehörigkeit im Sommer dieses Jahres sich an der Tagung der polnischen Auslandsgruppen in Worschau beteiligt. Damals wurde die Anregung gegeben, sämtliche polnischen Studierenden an den Hochschulen des Deutschen Reiches zu einem Verbände zu die sich auf die Hochschule Berlin Breslau und Königsberg verteilen. Dieser ist 28. hieser Zusammenkunft anwesend, infolge von persönlichen Unstimmigkeiten, konnte nicht an der Konferenz teilnehmen. Und zwar hat man in den Kreisen der „Silesia Superior“ sich dagegen oermehrt, daß von einer anderen Stelle aus, die Verantwortlichen hierzu aufgenommen hatte, verurteilt wurde, die Bedingungen zu diskutieren, und

ohne Anwesenheit der Vertreter der „Silesia Superior“ beschlossen wurde, daß „Niemanden Akademiker, die dem Verbands der polnischen Akademiker in Deutschland nicht beitreten, sich selbst außerhalb der polnischen akademischen Jugend stellen“. Es handelt sich also hierbei offenbar um Meinungsverschiedenheiten nicht über die Sache, sondern nur über die Form, die auf die Dauer den geplanten Zusammenschluß kaum verhindern dürften.

Modernisierung der Binnen Schiffahrt.

Der Wirtschaftliche Pressdienst der R.S.R. befaßte sich in einem längeren Artikel mit der Frage der Rebaubarkeit und der Abstraktion bei der Binnen Schiffahrt. Aus den Kreisen der Binnen Schiffahrt sei ein Vorstoß gemacht worden in planmäßiger Gemeinschaftsarbeit in den nächsten zwei bis drei Jahren die deutsche Binnen Schiffahrt flotte zu modernisieren, um nicht bei den für die nächsten Jahre zu erwartenden Verkehrsteigerungen auf den Binnen Schiffahrtswegen (Sertigstellung des Mittelaltkanals) gegenüber der Konkurrenz der Schonen, Holländer und anderer Nationen zu unterliegen. An dem Artikel heißt es u. a.:

„Der den Schiffsparke der deutschen Binnen Schiffahrt flotte kennt, der kann nicht bestreiten, daß der Welt, der Kapitalkräftiger als bei den Öfen mehr Schritt mit der Zeit gehalten hat, daß aber der Öfen über ein reichlich überaltertes Schiffsparke verfügt. Er genügt nicht, um den Konkurrenzkampf mit Erfolg zu bestehen und den deutschen verkehrsmäßigsten Interessen zu dienen, wie es notwendig ist. Was also weniger für den Westen gelten mag, gilt um so härter für den Osten des Reiches. Das soll niemals ein Vorwurf gegen die Schiffseigner des Ostens sein, unter denen die Einzelhändler überwiegen, während im Westen die größeren Unternehmer jahrelang sind. Deren Kapitalkraft machte es ihnen leichter, mit der Zeitentwicklung Schritt zu halten. Die so vollständig im Osten vorhandene geringere Kapitalkraft darf aber niemals dazu führen, Aufgaben zu veräumen, die im Interesse der gesamten deutschen Wirtschaft erfüllt werden müssen. Alle tut not!“

Die Allenstein „Katakomben“.

Seit längerer Zeit schon war die Rede davon, daß es in der Stadt Allenstein eine Reihe alter unterirdischer Wege gibt, deren Mittel- und Ausgangspunkt das die Stadt überragende Ordensschloß ist. Jetzt hat sich eine unter Führung des ostpreussischen Provinzialkommissars stehende Kommission der Erforschung dieser Gänge angenommen und festgestellt, daß ein ganzes unterirdisches Wezenes, das offenbar schon zur Zeit der Erbauung des Schloßes im 14. Jahrhundert angelegt wurde, die Stadt durchzieht. Die Ordensritter und aller Wahrscheinlichkeit nach die Erbauer bewohnten. Die Gänge wurden wohl zu dem Zweck geschaffen, um zwischen der Stadt und dem Schloß eine Verbindung herzustellen, die in kriegerischen Zeiten nicht getört werden konnte. Unter dem Hauptteil des Schloßes befindet sich nach den neuesten Feststellungen der Zentralpunkt für die unterirdischen Gänge. Das Gangsystem führt nach verschiedenen Richtungen zu den äußeren Toren der Altstadt. Einer der Gänge durchzieht einen unter dem alten Rathaus liegenden

Brauereier und führt dann weiter in die Katakomben einer der größten Stadtkirchen. Zwei Gänge führen unter dem Verlauf der Allen Steine und enden auf dem anderen Ufer. Man hat also damals bereits Flüsse untertunneln können. Das ist um so bemerkenswerter, als Katakomben in der ganzen Gegend nirgends vorhanden ist. Die Gänge sind durchwegs als fehrstarkem Mauerwerk und weisen dieselbe Ziegelmauer auf, das zur Aufführung des Ordensschloßes diente. Sie sind also zur gleichen Zeit wie das Schloß angelegt worden, um dessen Wehrhaftigkeit und Sicherheit zu erhöhen. Sie sind noch genug, daß ein Mann aufrecht hindurchschreiten kann und erreichen an vielen Stellen eine Breite bis zu zwei Metern. Da ein Teil diese unterirdischen Wezenes durch das Alter stark gelitten hat, sind viele Gänge durch niedereriges Mauerwerk eingebrückt und verschüttet. Durch die sehr sorgfältig und fachmännisch ausgeführten Freilegungsarbeiten hofft man, noch viele Rästel zu lösen, die in der Geschichte Allensteins bisher unüberwindliche Schwierigkeiten boten. Die Verhältnisse sind an vielen Stellen so stark, daß man ganz neue Verfestigungen ausführen muß, um in das dahinterliegende Stück durchziehen zu können. Das alte Schloß wurde im 18. Jahrhundert teilweise erneuert. Aber damals scheint man sich um die Gänge nicht gekümmert zu haben. Durch die Kassen, die im August 1914 während der Kattenbergkämpfe Allenstein kurze Zeit befestigt hatten, dürften von dem Vorhandensein der Gänge nichts erfahren haben.

Geopolitisches Schulungslager.

Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht veranstaltet in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik in der Zeit vom 2. bis 6. Januar 1935 geopolitisches Schulungslager: in Frankfurt (Oder), Mufikheim, und in Mainz (in Zusammenarbeit mit der Rhein-Mainischen Stätte für Erziehung). Ramstaf Vertreter der Geopolitik haben ihre Mitarbeit zugesagt. Die Rollen für Unterricht, Vorträge und Lehrbücher werden 15 RM nicht überschreiten; außerdem ist eine Einzahlungsgebühr von 1,- RM zu entrichten. Stützpunktseitige Schreibersmäßigkeit wird gewährt. Anmeldungen sind umgehend an das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Berlin W 35, Potsdamer Straße 120, zu richten.

Schriftleiterwettbewerb.

Die Untergruppen Grenzmark Polen Westpreußen des Bundes Deutscher Öfen, Schachmeister, Danziger Platz, bittet um Beteiligung an einem Schriftleiter Wettbewerb. Zugelassen sind alle Arbeiten, die mit ihrem Stoff und ihrer Handlung in der Grenzmark Polen-Westpreußen wurzeln. Die Erzahlungen, Kurzgeschichten, Skizzen, Beschreibungen usw. dürfen 20 Schreibzeilen (Dinformat normal beschrieben) nicht überschreiten. Für die Arbeiten sind ein Barpreis von 200 RM, und mehrere Barpreise von 100, 75, 50 RM, und geringere fübergeheilt. Die Beurteilung der Arbeiten und die Verteilung der Preise übernimmt ein unparteiisches Preisgericht. Preisgekrönten Arbeiten werden Eigentum der Untergruppe. Schluß des Einsendetermins ist der 1. März 1935. Es wird gebeten, schon jetzt die Beteiligung anzugeben.

Ukrainische Kunst.

Über die ukrainische Kunst der vorchristlichen Zeit ist uns fast nichts bekannt. Erst mit dem Christentum kam die Kunst Ende des 10. Jahrhunderts in neuem Formen in die Ukraine; der äußeren Gestalt nach byzantinisch, jedoch schon stark romanisiert. Entwickelte sie sich in dem Gebiet um den Dniepr (Kiew, Czernigow, Pereslaw usw.) zu großem Glanze und erlebte besonders im Kiewer Reich unter den Fürsten Wolodimir und Jaroslaw einen mächtigen Aufschwung. Der bis zum heutigen Tage erhaltene Schmuck großer Kiewer Kirchen (St. Sophie u. a.) an feinsten Mosaiken, Fresken und Skulpturen kommt noch aus dieser Zeit. Im 13. Jahrhundert unterliegt die ukrainische Kunst einer vollständigen Romanisierung, besonders in der Belukraine (Halushitz, Westgalizien). Im 14. Jahrhundert verpflanzt der erste deutsche Künstler aus dem nordwestlichen Deutschland die Gotik auf ukrainischen Boden. Sie folgte in der Form der Backsteinotik tief Wurzel und blühte bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts in der ganzen Ukraine, in den Provinzialstädten der Steppe sogar bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts, als in die größeren Städte schon Renaissance und Barock eingekobrt waren.

Mit der Kunst der Renaissance wurde die Ukraine durch die Vermittlung von Malern aus der Lombardi und den italienischen Kantonen der Schweiz bekannt. Ein berühmtes Denkmal der ukrainischen Renaissance ist die Kiewerger Grabsteine mit Curm und Kapelle. Die Herrschaft der Renaissance in der Ukraine war jedoch nur von kurzer Dauer, denn schon am Anfang des 17. Jahrhunderts wurde durch italienische Meister die Barockkunst in der Form des Jesuitenstils nach der Ukraine gebracht, der durch das von Sachlen übernommene Fürstentum abgeblöft wurde. In den ukrainischen Gebieten am Dniepr wurden diese barocken, im Feuer des ukrainischen nationalen Schöpfens stark umgestalteten Formen zum sog. Kojakenbarock. Dieses erreichte in der Zeit von Ebelinskij

bis Mozyze in Stein- und Holzbau, in Skulptur, Malerei und Graphik außergewöhnliche Höhe, Pracht- und Prunkentfaltung und umgebenenfalls formales Können. Besonders beachtenswerte Zeugen dieses Kojakenbarocks sind verschiedene Kirchen in Kiew, Czernigow, Cubni, Pryluky usw. Im 18. Jahrhundert geht die Barockkunst unmerklich in das elegante Koko über, das, z. B. des letzten Hetmans der Ukraine, Razumowski, seine höchste Blüte erlangte. Der Glanz der Herdenen Herkommenzeit flammte im Koko einmal auf. Der gegenwärtig ukrainisierte russische Schadel ist ein Schüler Schillers) liegt in Kiew den Grund zu einer Schube der Architektur. Die ornamentale Holzsulptur (geschmückte Knochentafeln) entwickelte sich zu einer höheren Stufe als in den übrigen Ländern Europas und auch die Malerei (besonders die Porträtmalerei) ertraten Meister, welche sogar die zeitgenössischen Franzosen übertrafen (Owenkij, Doroskykowskij).

Am Ende des 18. Jahrhunderts herrschen in der ukrainischen Kunst die Formen des Klassizismus, gleichzeitig übertragen durch Franzosen (Zinabli, Swarogin) und sollen in den dreien Schichten des Volkes tief Wurzel. Die klassizistischen Formen übertragen die Ukrainer auch auf ihre Holzbau, in der Skulptur vertrat sie der Meister Iwan Martos und in der Malerei A. Posenko, der nicht nur die ukrainische, sondern auch die ganze russische Malerei auf der Wege des klassizistischen Akademismus lenkte. Die Stillosigkeit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war vielleicht die am wenigsten glückliche Epoche in der ukrainischen Kunst. Sie bildete jedoch nur einen Übergang zu dem großen Aufschwung, den die ukrainische Kunst mit der Wiedergeburt der nationalen Idee im 20. Jahrhundert in der Skulptur (Archypenko), Malerei (Rozomykij, Brüder Kryschewskij, Schule Bojtschuk) und Graphik (Wojtschuk Kryschewskij, Korbut, Masjutin u. a.) genommen hat. U. R. B.

Der Revaler Prozeß der Baltischen Nationalsozialisten.

Am 29. und 30. November d. J. hat vor einem estnischen Gerichtshof in Reval ein Prozeß stattgefunden, der in der Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung der baltischen Volksgruppen im Ausland stets als ein dem größten gemessert werden wird. Um der Bedeutung der Vorgänge gerecht zu werden und den für die estnische Öffentlichkeit über sehr überflüssigen und unerwarteten Ausgang der Gerichtsverhandlung in der „Revaler Volksbewegung“ (Revaler „Rahva liikumine“) Ereignisse zurückgegriffen werden, die bereits ein ganzes Jahr zurückliegen und die in unserer wochensollen und schnelllebigen Zeit vielfach schon in Vergessenheit geraten sein mögen. Gemeint sind hier die Verhältnisse im November 1933: der Übergang der Führung in der deutschbaltischen Partei Estlands an der politischen Vertretung des gesamten estländischen Volkstums an die Baltische Nationalsozialistische Bewegung, der Sturm im Wasserlosse der estnischen Presse und sogenannten „öffentlichen Meinung“, der darauf losbroch, das Übermaß der so erzeugten Spannung auf die Volksvertretung auf dem Revaler Domberg und endlich das oben einleitende Wort der erregten Volksboten über die Staatsgefährlichkeit des deutschbaltischen Nationalsozialismus. Diese Parlamentsentscheidung bedeutete gleichzeitig den Ruf nach Staatsanwalt und Polizei und sollte so der Kodex für die baltische Erneuerungsbewegung werden. Die Bewegung war fortan vogelfrei, jeder politische Strauchritter konnte sein Mähdien an ihr kühlen, eine Gelegenheit, die sich insbesondere die Widerstände innerhalb der eigenen Volksgruppe nicht entgehen ließen. Schon die Parlamentsaktion als solche hat vollkommen Anstoß zu Entschuldigungen, so, als der deutschbaltische Abgeordnete Kall den Schilling sich bei der Abstimmung über die Staatsfeindlichkeit der Bewegung seiner Stimme enthielt, um kurze Zeit darauf in der estnischen Presse seine eigenen Volksgenossen aus dem nationalsozialistischen Lager als Aufjäger gegen die Staatsordnung zu denunzieren. Hier wie sonst ist die Feinde gegen den baltischen Nationalsozialismus und seine Anhänger, wenn sie besonders nichtswürdige und törichte Gehalt annehmen, nicht so sehr von estnischer Seite ausgegangen, als gerade aus den Schichten des eigenen Volkstums, die sich selbst als die alleinigen Träger altbaltischer Überlieferung zu bezeichnen pflegen, die aber nichts weiter verkörpern, als maßlose Reaktion, politischen Opportunismus und eine hohle, tollere Demos vorerborene Gefühlsanklage, kurz die Spur in seiner menschlichen Erlebnisform. Es sind das dieselben Herren, die mit der einen Hand aller Welt sichtbar, die unbedingte Einigkeit in den Reihen des deutschbaltischen Volkstums, über alle trennenden Unterschiede hinweg, plakatieren, während die andere Hand dem staatlichen Mittel verstoßene Zeichen macht, doch endlich über die „staatsfeindliche“ Bewegung unter den eigenen Volksleuten herzufallen. Es ist immer wieder geradezu mit Händen zu greifen, daß im estnischen Volke Jomohl die amtlichen Stellen wie auch die Öffentlichkeit, letztere allerdings nicht ganz so ausgeprägt, nur zögernd und stets irgendwie ungen und widerwillig an Maßnahmen und Erörterungen herangegangen sind, die mit der Vertretung des nationalsozialistischen Gedankens unter den estländischen Balten zusammenhängen. Es geschah dies wohl aus der instinktiven und durchaus sicher treffenden Empfindung heraus, daß es sich hier um Dinge handelt, die eigentlich nur die deutschbaltischen Heimatsgenossen allein angehen und die man einstweilen ruhig gefahren lassen soll, solange keine Bedrohung für den estländischen Staat oder das estnische Volk daraus erwächst.

So befähigt für jeden Deutschen eine solche Feststellung ist, so kann hier doch nicht ungesagt bleiben, daß dem, wenn auch halben und lobmen Vorgehen der estländischen Behörden gegen die baltische Erneuerungsbewegung das Treiben der deutschbaltischen Systemmänner zum

mindesten aufreizend und anfechtend zur Seite gestanden hat. Es ist nun einmal deutsches Schicksal, daß die schismatischen Feinde unseres Volkstums stets aus den eigenen Reihen erleben, wie das in unseren Tagen wiederum durch Gestalten, wie den Landesbischof der Siebenbürger Sachsen, durch das bosartige Treiben der tschechischen Status-„Anhänger“, durch das Treiben gewisser deutscher Kreise in der Ehebeide und Polen und durch das Beharren des deutschbaltischen „Erasmus“ gegenüber durch „unsern“ „genen“ mit „als“ von glanzvoller Politik gegen die eigenen Volksgenossen auf gleiche Heimaterde. So ist denn auch der Ausgang des Prozesses der 26 baltischen Nationalsozialisten in Reval, mo, vertreten durch die „Männer, die ganze baltische Erneuerungsbewegung auf der Anklagebank sah, zu einer Katastrophe nicht so sehr der estnischen Anklagebehörde geworden, als des deutschbaltischen Systems, das, verurteilt dem Auge eines willfälligen Prozeßpublikums, aber desto wahrnehmbarer für jeden halbwegs Kundigen, die eigentliche andere Prozeßseite darstellte.

Der Staatsanwalt hat in seiner Anklageurtheil die Feststellungen getan, man könnte das Vorgehen der Anklagten von drei Gesichtspunkten aus betrachten: 1. die baltischen Nationalsozialisten haben sich bei ihrem Um von einer feindseligen Selbstaussage dem Staate gegenüber leisten sollen, 2. sie können auf Anweisungen von Stellen gehandelt haben, die sich außerhalb der estländischen Landesgrenzen befinden und können 3. sich lediglich formal gegen das Vereinsgesetz verhalten haben. Der Staatsanwalt hat weiterhin erklärt, die Anklage könne weder auf Verletzung der staatlichen Ordnung, noch auch auf Beziehungen zu ausländischen Stellen oder Organisationen erhoben werden, sondern nur auf Begründung einer „Vereinigung, die nicht den bestrebenden Gesetzen gemäß vereinsrechtlich eingetragen worden ist.“ Vereinsrechtlich ist die Staatsanwaltschaft in seinem Straftraum nicht über drei Monate Haft für den Hauptangeklagten, den Führer der Bewegung, von Zur Mühlen, hinaus, Er verlangte für weitere 10 Angeklagte geringfügigere Haftstrafen bzw. Geldbußen, während er für den Rest der Angeklagten das Strafmaß dem Ermessen des Gerichtes anheimstellte. Das Urteil blieb in der Strafbemessung hinter dem d. Antrags des Anklägers zurück, indem von Zur Mühlen lediglich mit je 100 Kronen geübt wurden, weitere 14 je 50 Kronen zahlen müßten und die restlichen 8 gänzlich freigesprochen wurden.

Die Feststellungen ist, daß es nicht nur die baltischen Nationalsozialisten vornehmlich gegenüber dem estnischen Gerichtshof vereinsamtum mit dem estnischen Staatsanwalt feststellen mußte, die Erneuerungsbewegung der deutschen Balten sei weder staatsfeindlich, noch auch von außerhalb der Landesgrenzen her ins Leben gerufen worden. Allen Verdächtigungen und Einflüsterungen ihrer zum Trost, die das Gegenteil davon haben wollten. Mag in Zukunft eintreffen, was da wolle, mag das Maß der Verfolgungen und der Feinde gegen den baltischen Erneuerungsgedanken noch nicht erschöpft sein, um dieses Revaler Gerichtsurteil wird niemand mehr bekommen. Wenn die estnische Presse in ihren Prozeßberichten auch immer noch von einer Weltanschauung spricht, die der Außen der des baltische Deutschum herinsetzungen worden ist, wenn man einseitigseits noch immer nicht hinter die so einfache und selbstverständliche Wahrheit gekommen ist, daß der Nationalsozialismus gleichwie Quellwasser überall da zu Tage tritt, wo die Bedingungen dazu vorhanden sind, das heißt, wo Menschen deutschen Blutes selbst, so werden sie doch allmählich auch im estnischen Volke außer dem Revaler Staatsanwalt und den Revaler Richtern Männer finden, die nicht mehr an das Märchen der Staatsfeindlichkeit der auslanddeutschen Anhänger der Weltanschauung Adolf Hitlers glauben.

Nbs.

Gerichte über den Regierungsblock.

Die Diskussion über die Gegensätze im polnischen Regierungslager, dem sogenannten Unparteilichen Block, mit der sich früher nur die Oppositionspresse befahte, ist in letzter Zeit auch von einigen Blättern des Regierungsblocks selber aufgegriffen und fortgesetzt worden. Es handelt sich um die Gegensätze zwischen dem linken und dem rechten Flügel dieses Blocks. Der erstere wird vor allem vom Warschauer „Kurjer Polanski“, der letztere vornehmlich vom Krakauer „Gazeta“ und dem Wiener „Slovo“ vertreten. Zwischen den linksradikalen und den konfessionellen Kreisen im Regierungsblock hat es schon seit Jahren allerlei Reibungen gegeben, die sich vor allem auf folgende drei Punkte beziehen: auf die Agrarreform, die katholische Kirche und das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Staat. Vor allem die jüngeren Kreise des Regierungsblocks, die in der „Region Młodzież“ („Region der Jugend“) zusammengeflohen sind, haben den Sott der kirchlich eingestellten, privatwirtschaftlich denkenden und großgrundbesitzenden Konfessionellen auf sich gezogen. „Gazeta“ und „Slovo“ halten ihrer Kritik an den kirchenfeindlichen, sozialistischen und radikal agrarreformerischen Tendenzen der „Piłsudski-Jugend“ nicht zurück. Ihrem hinter den Kulissen wirkenden Einfluß ist es gelungen, ihren Segnern

vom linken Flügel des Regierungsblocks einige Schoppen beizubringen. Sie haben nicht nur vor einiger Zeit eine Säuberung der „Region Młodzież“, bei der einige der radikalsten Elemente befeitigt wurden, erreicht und nicht nur manchen Vorstößen gegen die katholische Kirche die Spitze abgebrochen, sondern sie sind jetzt auch dabei, die Agrarreform der Regierungskommission (Komisja) zu vernichten, indem sie sich bei der letzten Sitzung des Sejms das Deutschum herinsetzungen worden eine ziemlich weitgehende „Freiheit“ gibt, einschalten zu lassen. Die Konfessionellen sind jedoch sicherlich nicht stark genug, um die radikalen Tendenzen, die auf dem linken Flügel wirksam sind, zu überwinden. Denn diese Tendenzen sind überaus populär; sie kommen den wirtschaftlichen Wünschen der Massen entgegen und werden von Menschen vertreten, die großenteils kämpferischer, mehr auch mitunter im Ziel noch unklarer und in den Mitteln noch ungehaltener Angriffsnaturen sind.

Die Einigkeit in die Unüberbrückbarkeit der Gegensätze zwischen Links und Rechts im Regierungslager hat in den konfessionellen Kreisen Anstalten heranzeln lassen, die in der polnischen Presse 3. S. eifrig vertreten werden und die etwa folgendes besagen: Solange für das „Piłsudski-Regime die Gefahr eines schismatischen nationaldemokratischen oder anderer oppositioneller Seite der bestand, war das Vorhandensein

eines einheitlichen Regierungsblocks, in dem vielerlei gegensätzliche Tendenzen auf einen politischen Nenner gebracht werden, notendruck. Seit 1935, also seit der Rückverwerfung der Opposition, aber hat sich die Stellung des Disziplinär-Regimes so gefestigt und haben die Sozialdemokraten, Sozialdemokraten, Arbeiterdemokraten und Bauerngruppen so viel an innerer Stärke verloren, daß an eine Gefahr für das Regime von dieser Seite her nicht mehr zu denken ist. Unter diesen Umständen, heißt es weiter, ist der einheitliche Regierungsblock keine unabwendbare Notwendigkeit mehr. Es sei nur natürlich, daß die verschiedenen, im Block zusammengefaßten politischen und weltanschaulichen Richtungen nacheinander an die Verbreitung der von ihnen speziell vertretenen Grundgeden herantreten. „Auf diese Weise“, schreibt der „Szas“ z. B., „wird sich immer mehr die normale Teilung in die Linke und die Rechte, welche auf dem Boden der Anerkennung der Autorität des Marschalls und der gemeinsamen Staatskonzeption stehen, sich jedoch nacheinander in der Auffassung der sozialen und wirtschaftlichen Fragen unterscheiden. Langsam aber wird sich vielfach der Augenblick, wo möglicherweise zwei W.-B.-Organisationen, eine der Rechten und eine der Linken, entstehen werden, die sich in der Ausübung der Gewalt einander abwechseln können, was unser politisches Leben sehr normalisieren würde.“ Der „Szas“ denkt also an eine Aufteilung des bisher einheitlichen Regierungsblocks in zwei Regierungsparteien, die sich in gleicher Weise dem Marschall Disziplinär verhalten sollen, die aber im Falle der Verschieblichkeiten in der Beurteilung sozialer, kirchlicher und wirtschaftlicher Fragen durch die unbedingte Unterordnung unter dem Marschall mit einander verbunden sind, d. h. daß jeweils die eine von ihnen des Marschalls „getreue Regierung“, die andere des Marschalls „getreue Opposition“ ist.

Ein etwas kühner Gedanke. Denn zweifellos besteht bei einer solchen Teilung trotz des einheitlichen Mittelpunktes, den die Persönlichkeit Disziplinär bildet, die Gefahr eines völligen Auseinanderfallens. Diese Gefahr wäre an sich nicht so groß, wenn nur das, was heute in einem gemeinsamen Block zusammengefaßt und als Gefolgschaft des Marschalls erprobt ist, nach jeder Teilung auseinandergelassen würde. Dabei aber würde es höchst wahrscheinlich nicht bleiben. Sondern jeder der beiden Flügel, der linke, inwieweit er der konservativen, mehr rechtsintendierten Richtung, die bisher nicht

zum Disziplinärflügel gehörten, sondern bisher in der Opposition stehende Kreise an sich heranzuziehen, um sich gegen den anderen Flügel zu stärken. Es bedäufte unter diesen Umständen immerhin die Gefahr einer erneuten Überformung und Zerbreitung der getrennten Flügel durch nicht disziplinäre Elemente. Offensichtlich ist man in den Linkskreisen des Regierungsblocks bereit, mit den linksbühlerischen Elementen und wohl auch mit sozialdemokratischen Kreisen zusammenzugehen. Es ist berechtigt, daß der „Kurjer Poranny“, der Wortführer des linken Flügels im Streit mit den Konfessionisten, kürzlich dem oppositionellen Bauernobergeordneten W. o. eine Spalte geöffnet hat. Bedeutsam ist auch, daß der Ministerpräsident Kojowski und der Landwirtschaftsminister Doniatowski aus den linksbühlerischen Kreisen herangezogen sind und daß die von ihnen vertretenen agrarpolitischen Ideen, die in den Entscheidungsmomenten der ersten Jahreskongresse gefunden haben, den oppositionellen Bauern den Entschluß zum Anschluß erleichtern würden, um linken Flügel des Regierungsblocks zu stärken, wenn dieser linken Ideen des „Szas“ folgend — von dem konfessionisten Flügel abtrennte. An die Konfessionisten des Regierungsblocks würden, wenn es zu der oben angedeuteten Scheidung in zwei Regierungsparteien käme, vielleicht ein erheblicher Teil der jehigen nationaldemokratischen und sonstigen clerikal eingestellten Opposition sich anschließen bereit sein.

Vorerst handelt es sich bei allen diesen Dingen nur um eine Disziplinär- und die Rechte. Die Entscheidung wird allein vom Marschall abhängen. Wie dieser sich aber zu verhalten Gedankenkreise verhält, darüber weiß kaum jemand Bescheid. Die Regionäre, die das eigentliche Rückgrat des Disziplinärflügel darstellen, muß der Streit, der gegenwärtig zwischen „Szas“ und „Somo“ auf der einen und „Kurjer Poranny“ auf der anderen Seite ausgefochten wird, vorerst zweitrangig erscheinen, weil es sich hierbei mehr oder weniger um einen Streit von — Zivilisten handelt. Zivilisten aber haben, wo die Regionäre zu bestimmen haben, zwar immer manches reden, aber nichts bestimmen dürfen. Immerhin kann man auch durch Reden manches herbeiführen. Und vielleicht läßt sich die Eile, mit der die Regierung jetzt im Hinblick auf die neue Verfassung endgültig durchzugehen will, damit begründen, daß sie hofft, der Diskussion um Einheit oder Teilung des Regierungsblocks durch die Verfassungsreform einen Riegel vorzulegen und die Organen, die zu einer Spaltung beitragen, in den neuen verfassungsmäßigen Formen unschädlich zu machen.

Im sächsischen Spielzeugland.

Mitten in der grünen Grenzmark Sachsen, der Werkstatt Deutschlands, müßte ein weithin sichtbarer Wegweiser stehen mit der frühlichen Aufschrift: „Aus Schmiededörfen nach Kupferhütten“. So mancher würde ermutigend noch dem Schwärzmann zum Gebirgskampfe zugehen, der Finger folgen und sich in die bunte Welt des sächsischen Spielzeuglandes führen lassen, das oben am Schwarzwaldberge liegt. So mancher aber, der die Schmiedeberge, die nur wenige kennen diesen Namen, kennen den stillen Ozean der Gebirgsberge, wo in kleinen Dörfern und in den typisch sächsischen Straßendörfern auf harter Grenzhöhe viele tausend fleißige alte, junge und jüngste Hände für die Freude von Millionen von Menschenkindern arbeiten. Kein Fest, kein Ereignis im Reigen des Jahres wie im Leben des Kindes, für das sich nicht Gabe um Gabe aus dem unerschöpflichen Born dieses Spielzeugparadieses schöpfen ließe.

Der Waldreichtum des Landes hierher dem früher um sein hartes Brot kämpfenden Grenzvolk das Material in die gefächelten Seitengenerationen in der Schmiedekunst gefüllten Hände, und so entstand die weltbekannte sächsischen Spielzeugindustrie. Schon in der frühesten Kindheit aus müssen hier Zuben und Messer, deren dererliche Fähigkeiten noch in besonderen Sachgenossen- und Holzdreherwerkstätten in Seifen und Grünbändern ausgebildet werden, den Eltern bei ihrer mühsamen Arbeit helfen, denn in so mancher armen Hütte kam allein das jährliche Schaffen der ganzen Familie die bittere Not von der Schwelme kommen. Und der Wirtschaftskampf wird für die brave Kunst der Spielzeughersteller, die nie vom Leben verworfen waren, von Jahr zu Jahr schmerzlicher, da der frühere große Auslandsabfahle seit dem Weltkrieg immer mehr zurückgegangen ist, und sich auch die offene Fremdenarme zu den deutschen Brüdern in Wöhmern schloß. Aus solcher Erkenntnis wachsende Wunsch und Bereitschaft zur Hilfe, die niemals besser gebracht werden kann als durch persönliche Annäherung und eigenen Anstrengungen. Es gilt nur, den Weg zu finden ins sächsische Spielzeugland, in ein zur grünen wie zur weißen Jahreszeit gleich schönes Erholungs-, Wander- und Sportgebiet.

Kupferhütten Wegweiser müßte nicht bei der uralten Silberstadt Freiberg stehen und jeden erst einmal durch die größte Stadt des Erzgebirges führen, die das Cor zum Schwarzwaldgebiet ist. Die schöne Berghauptstadt Sachsens liegt in einer Mauern mehr Sehenswerthes, als der eilige Autofahrer, der Durchreisende, der zum Ramm pilgernde Wanderer vermuten, und ein Besuch des alten Domes mit seiner „Goldenen Pforte“, des Rathauses mit dem feineren Kopf der hier 1455 hingehörten „Prinzenkammer“ zum von Kaufmann, der Bergakademie, die die älteste Fachhochschule von Deutschland ist, und der mit Müssen gibt erst den rechten Auftakt zur Fahrt in die einst „Silber begangenen Berge“.

Südwärts vom Freiberg liegt Sagda, die Stadt auf der Höhe,

(1700 m) und hier beginnt und schließt der Kranz der Spielzeugstädten und -dörfer um den Schwarzwald, die wie kleine Inseln aus dem unendlichen grünen Waldmeer emporragen und sich bis zum fast 800 m hohen Ramm erstrecken. All die „Silbernen Wunderwelt“ des Berges und östlich dem launigen Besucher die Tür öffnen, damit er Arbeit und Leben der Holzstämme kennen lerne, sind zugleich liebliche Höhenluftkurve. Ob Oberhausen, im oberen Hohenstein, dem Schaufelwerk der reinen Rohstoffe „Rater Campe“ von Rosenow, oder Seiffen mit seinen zwei jehwertigen Dingen, den trichterförmigen tiefen Einflüssen ausgebeutet, jahrhundertalter Erbschaft, ob Reubauern mit Schloß Puschstein oder eines der Grenzstädter am Ramm, wie Deutsch-Rudorf, Deutsch-Einfiedel und das kleine Schmalzbad Einfiedel, — alle Orte sind Rastplätze und Stützpunkte für Fahrten in weitabgehobene Stille. Sagda ein weiteres Heidegebiet im südlichen Erzgebirge, das sich bis zum Schwarzwaldberge, den ein neuesbautes Unterkunftsbaus krönt. Das ganze Wanderland mit seinen tief einschneidenden, durch forstliche Stillebeben belabten Ecken, den weiten Zinnen- und Buchenwäldern, die sich auf dem Ramm in einer Breite von 10 bis 15 Kilometer ausbreiten, jenen weiten Fernblicken zu den Höhen des Hohensteins, Zuerberg, Seiffens, Rahlbergs und in die böhmische Ebene ist durch prachtvolle Straßen und Wege und gute, billige Gaststätten dem Verkehr erschlossen und machen es jedem möglich, durch das bunte Spielzeugland zu wandern.

Vielleicht ist es vor Weihnachten am schönsten hier, und nicht nur, weil fast überall der vielbesungene „Zugelbeerbaum“, die Erzberste, die sich in der vornehmlichen das dunkle Waldbild belebt, aber es zu schmeien beginnt. An Kupferhütten schmiedet der Christfest, jenen monatelang sein Licht voraus, und der Herbstzeit im Reich der Holzstämme beginnt lange voran. In jedem Ort arbeitet man an der Verfertigung des Heiligen Lebens, schmit man Weihnachtskrippen, Weihnachtsberge, Weihnachtsleuchten, Menschen, Tiere, Puppen, Laufende verschiedene Figuren, jede in anderer Stellung, jede mit anderem Gesichtsausdruck. Es marschieren Armeen von Soldaten, Rühmerrinnen, Rühmerrinnen auf, es entstehen Dörfer und Wälder, Miniaturhäuser und Bauernwirtschaften, eine ganze Welt aus Holz, die Zeugnis ablegt von dem hohen kunstgewerblichen Sinn ihrer Schöpfer und der durch Jahrhunderte überlieferten Fertigkeit des erzieherischen Menschenbildens.

Das fördert aber aus dem ganzen Spielzeugland ist in Seiffen zusammengetragen und dort zu einer herrlichen Ausstellung verwandelt. Sie wird dazu beitragen, den beim nächsten Ausfluge zu Heiligen, wenn es gelingt, in jedem Besucher den Gedanken zu wecken, und politischer Verantwortung für dieses drohende Still stehen. Vaterlandes wahrhaben, und wenn es gelingt, durch Weitergabe dieses Gedanken dem sächsischen Spielzeugland immer neue Freunde zu gewinnen.

Dr. Anna-Eise von Schmiedel-Höhen.

Buchbesprechungen.

Land ohne Kinder — Land ohne Zukunft. Von Gotthold Mühlener. Ein Verlag E. S. Mittler u. Sohn, Berlin 1934. 74 Seiten. — Die in der großen Werke Burghöffers, von Ungern-Sternberg, Maurus und anderer Kenner der Bevölkerungspolitik niedergelegten Forschungsergebnisse und Erkenntnisse werden hier in einer allgemein verständlichen und zugleich tiefgreifenden Weise dargelegt. Das Schwergewicht legt der Verfasser auf die Auseinandersetzung mit den liberalistisch-marxistischen Theoretikern, die den Zusammenbruch der deutschen Geburtenpolitik nach dem Kriege in rein materiell-jahreslicher Manier mit der Arbeitslosigkeit zu begründen versuchen und, in „Kettung“ Deutschlands die Geburtenbeschränkung vorsehen. Der Verfasser weist Mühen nach, daß der Wille zum Kind hier die Angst vor dem Kind, eine Frage der geistlichen Erhaltung und des Glaubens an die Zukunft ist, also irrationalen Momenten entspringt, die durch wirtschaftliche Selbstercheinungen wohl verstärkt oder geschwächt, nicht aber letztlich bestimmt werden können. Was Mühlener an Zahlen über den Rückgang der Kinderzahl und über die Vergrößerung des deutschen Volkes anführt, wie er die Bevölkerungsentwicklung Deutschlands schildert, für den Fall, daß in der Haltung zum Kind nicht ein grundlegender Wandel eintritt, das macht ohne weiteres klar, daß die Geburtenreduktion der letzten zwei Jahrzehnte nicht zur wirtschaftlichen Gesundung und zum politischen Aufstieg, sondern zum völligen Selbstmord führt, dazwischen die Geburtenbeschränkung in dem bisherigen Umfange an. Demnach wird Deutschland das heute 65 Millionen Einwohner zählende, im Jahre 1990 nur noch 45 Millionen Menschen aufweisen und darunter würden sich 11 Millionen Greise von über 60 Jahren und nur noch 8 Millionen Kinder befinden! Die Zukunft der Völker wird nicht von der Wirtschaft bestimmt. Sie entscheidet sich auf dem Schlachtfeld und im Kinderbett, dort wo der Mann und dort, wo die Frau ihr Leben für den Fortbestand der Nation einsetzen. Dr. K.

Das ostpreussische Landshaft. Der Vorbildlich für den Osten arbeitende Verlag Große und Unzer, Königsberg, gibt uns ein neues Eichenbuch in die Hand, das ein ostpreussisches Vogelparadies schildert: „Suija. Der See der Vögel“, von W. v. Sanden, mit 123 Abbildungen nach Aufnahmen des Verfassers. In allen Jahreszeiten hat Sanden den verlandenden See mit seinem Wildwuchs, „Polarleuchttauern, Vahnen und kaum zählbaren Vogelarten beobachtet und aufs liebevollste geschildert. Auch Wälder, Insekten, die Landshaft selbst finden hier ihre treffliche Beschreibung. Das Buch ist nicht nur ein Werk, das jedem die Heimat noch vertrauter macht, sondern es enthält ebenbürtig an und ist für 3,75 RM ein herrliches Weihnachtsgeschenk. Dr. E.

Ein Kortenwerk zur Christianisierung des Ostens. Die mit guten Korten ausgestattete Schrift von Karl Koch: „Geschichte der Christianisierung Deutschlands“ (München, Kösel, und Pustet) gibt ein Bild von der Missionierung des Süds- und Nordostens. Der katholische Verfasser mißbilligt das „politische Christentum“ und die Methode, mit denen J. B. der Kronte Karl es erzwang. Doch kommt Karl merkwürdigerweise viel besser in seiner Beurteilung fort als die Sükten und Ordensritzer, die das Ostland christianisierten. Ein tieferes Versehen für die deutsche Sendung im Osten hat der Verfasser nicht, wie er überhaupt geschichtliche Vorgänge ausschließlich unter rein geistlichen Gesichtspunkten ansieht. Der altgermanische Animismus — die Norm, in der die Ostgermanen zuerst das Christentum empfangen und die viel artigeren war als die römische Form — nennt er eine „Saurde“. So wird man der Geschichte nicht gerecht. Erödem gibt die fleißige Arbeit eine gute Übersicht. Dr. E.

Altena-Album — Kultur und Natur 1935. Akademische Verlags-gesellschaft Altena m. b. H., Potsdam. — Wie seit Jahren wird auch dieses Mal der mit fast 200 Bildern ausgestattete Wandkalender jährliche Freude finden. Wiedergeben bedeutender Kunstwerke aus alter und neuer Zeit, Ansichten aus allen Ländern, Abbildungen historischer Dokumente wechseln auf den Kalenderblättern in reicher Fülle einander ab. Auf jedem Blatt sind die Gedenktafel (Künstler, Dichter, Forscher, Politiker usw.) verzeichnet.

Das der Tragödie des deutschen Volkes. Ja, es ist eine Tragödie, daß die berechtigte Bewegung des deutschen Arbeiters im 19. Jahrhundert gegen den internationalen Großkapitalismus und gegen ein wirtschaftliches System, so entsetzt hat eines modernen heutzutage Sozialismus der jüdisch geleitete Marxismus, der den Arbeiter nicht minder ausbeutete als ein verhängnisvolles Unternehmertum. Die Grundlagen und Auswirkungen dieser Tragödie, die schließlich zum Zusammenbruch Deutschlands 1918 führten, erörtert S. Schulz in seiner Schrift: „Jude und Arbeiter“, die in engem Zusammenhang steht mit H. Hehl's Buch: „Bolschewismus und Judentum“ (beide Vögelungen-Verlag, Berlin). Die ungeheure Gefahr, der grundlegend und erfolgreich Adolf Hitler und der Rationalsozialismus entgegensteht, ist nicht nur politisch und wirtschaftlich zu bemerken; sie ist nicht minder religiös und raffiniert. Wir haben in der Tat vor der gemäßigten Rastlosigkeit unseres Volkes, als im entsetzlichen Augenblick der Führer kam. Eine Reaktion müßte sein Werk jetzt verkleinern. Wer aber solche Bücher mit ihren Dokumenten in sich aufnimmt, kann nicht verwirrt werden! Dr. E.

Eine Geschichte aus Mecklenburg. Das war ein jamaer Gedanke des mecklenburgischen Dichters Klaus Albrecht, eine Episode aus der Geschichte Schermers zu erzählen: „Der Quaduxenkrieg“. So nannten die Scherminger jene jungemerrufte Soldateska, die bis 1813 das Mecklenburg Land knechtete. Quaduxen, das sind aufgebüßte Frösche oder sonstige Priester. Wie diese Wäude baute, und wie sie annehmend sich immer auf den „großen Kaiser“ berief, auch als dessen Stern in den Schneefeldern Aufstands erlösen warf Genial vor dem! Aber eigenmächtig, frisch-frohe Jugend bäumte sich auch damals auf, brachte Opfer, leitete den Freiheitskampf ein, der dann die Reichsacht vertrieb. Was Albrecht zu erzählen weiß! Das ist ein Buch für jung und für alt! Neben mit lebendigen Bildern! Und ein Buch gerade auch für die heutige Zeit! (Verlag des „Niederbunischen Verwalters“ in Schwerin i. M., geb. 2,90 RM.) Ein prachtvolles Weihnachtbuch! Dr. E.

Vorbereitung und Klasse. Von Walter Lehmann. Selbstunterrichtsbücher, herausgegeben vom Rulinschen Lehrinstitut, Potsdam. 2. Brief mit 23 Abbildungen. 0,90 RM. Verlag Bonnesch & Harßfeld, Potsdam. — In den Unterrichtsbüchern wird über Vorbereitung und Klasse nicht nur berichtet, sondern hier wird der Leser zur kräftigen Mitarbeit herangezogen. Der vorliegende zweite Brief bringt zunächst die ausführlichen Lösungen der Übungsaufgaben sowie die Antworten auf die Prüfungsfragen über den Inhalt des ersten Briefes. Die Darstellungen gehen dann ein auf dominante und rezessive Faktoren bei einem und bei zwei Merkmalspaaren. Die Mendelschen Regeln werden an einigen Beispielen klar herausgearbeitet und die Übereinstimmung zwischen den Ergebnissen der Kreuzungsversuche und den Vorstellungen von der Chromosomenverteilung so eingehend nachgewiesen, daß dem Leser wohl keine Zweifel mehr daran bleiben, daß die Chromosomen die Träger der Erbanlagen sind. Die zahlreichen Abbildungen unterleihen den Text auf das wirksamste.

Deutschtum im Ausland. Der Verlag Julius Welt, Langensala, hat eine Reihe ausgezeichneter, mit Wappen und Bildern geschnitzter Monographien herausgebracht, herausgegeben von der Auslandsabteilung des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht. Wir nennen hier die Ostgebiete: „Der Deutsche in Sibirien“ (M. Siegel), „In Sibirien und in der Mongolei“ (M. Sinner), „In Sibirien und in der Mongolei“ (H. Grothe) und „In Kärnten“ (E. Grobenius). Man greife zu diesen Büchern, anschaulichen Festen. — Erwähnt sei aus dem gleichen Verlag die „Geschichte der deutschen Volksdichtung“ von S. Rüttgers, ein Werk, das das dichtende Deutschland zeigt, den großen völkischen Antrieb der Dichtung — bei dem wir Oldbrauer nur den harken inneren Impuls unserer geistlichen Landshaft herausgelieft müßten. Denn „Blut und Boden“ zeigt sich in seiner Dichtung gerade auch in der Dichtung der Ostlande. (Vgl. meine Vorrede: „Ostmark und Aufbruch“.) Dr. E.

Wolk jenseits der Grenze. Von Richard Bahrt. Sonettische Verlagsanstalt, Hamburg. — Ein grandioses Werk: Baltens- und Memellens, Preussens und Polens, Böhmens und der Südräume, das Reichsgebiet, Eupens-Malmeiden, Süditalien werden geistlich, kulturell und politisch behandelt. Geistige Strömungen, die auch in der Dichtung, werden mit herangezogen, um die vielseitigen Probleme zu klären. Das Wirtschaftliche der Volksgruppen, ihre religiösen Belange treten plastisch heraus. Das Buch ist reich an Material und lebensvoll geschrieben; es kann ein redliches Volksbuch werden, das hinreißt auf den starken Staat als Sach- und Machtwort der Nation und einer aufbauenden Politik. Dr. E.

Weltgeschichte. Dritter Teil: Von Luther zu Bismarck. Von Julius Koch. (Berlin, Georg Stilke.) Wir haben die ersten beiden Teile dieser Weltgeschichte bereits früher angezeigt. Ein sehr fleißiges Werk, bei dessen Vervollendung der Verfasser die Feder aus der Hand legt und farb. Der Geist des Buches ist bewußt deutsch, der Historismus ist so reich an Material, daß es nicht nur den Ausländern, aber auch im Hinblick auf den Reichsdeutschland, und sein Glanz in jenseitigen Wirklichkeit geworden. (Preis gebefest 27,50 RM.) Dr. E.

Ihnen bereitete in Kürze wieder
Volen (Volen - Westpreußen)
und nehme noch Aufträge
entgegen für Vorrichtung in den
Kirchenbüchern usw.

Auffstellung von Albenstein
— Bekämpfung von Kirchen-

Bei Anfragen Rückpost
Sippenforscher
Otto H. W. Luthold,
Danzig-309, Weichselstr. 12

**Deine Ferien
nur in der
Ostmark!**